

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. S.: F. Kühn
Verlagspreis: Amt Danksch 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Gebelienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung höherer als 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vereinbart ist. Gebühren für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 25. August 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Um Deutschlands "Wehrhoheit".

SPD. Es gehört nun einmal zu den Eigenarten der "grundsätzlich neuen Staatsführung", dass das deutsche Volk über die Auffassungen und Absichten seiner Regierenden in den grossen Problemen der in- und ausländischen Politik zumeist auf dem Umwege über die englische, die amerikanische oder die französische Presse informiert wird. So darf man sich darüber nicht wundern, dass man zum ersten Male durch eine Meldung der französischen Havas-Agentur davon erfahren hat, dass Deutschland in den nächsten Tagen durch seine Botschafter in Paris und London das Problem der deutschen "Wehrhoheit" aufrollen wird. In diesem Falle beruhte diese Mitteilung zwar nicht auf einem der neuerdings beliebten Interviews, sondern offenbar auf einer diplomatischen Indiskretion; aber entscheidend ist, dass diese Ankündigung von deutscher Seite nicht offiziell dementiert worden ist.

Das Echo, das diese Havas-Nachricht in Frankreich, und übrigens auch in England, erweckt hat, ist nicht gerade verheissungsvoll. Regierungsamtliche deutsche Blätter trösten ihre Leser damit, dass man, besonders was Frankreich angeht, auf diesen Sturm der Entrüstung gefasst gewesen sei, und dass im übrigen die Stimmung in den Vereinigten Staaten und namentlich in Italien die deutschen Wünsche viel ruhiger und objektiver betrachte. Bezüglich Italiens mag das ohne weiteres zutreffen, aber man sollte nachgerade begriffen haben, dass die Äusserungen der Zustimmung und der Aufmunterung, die in der faschistischen Presse Italiens in den meisten Problemen den deutschen Forderungen zuteil werden, uns praktisch noch nie etwas genützt haben und dass Mussolini im entscheidenden Augenblick die deutsche Diplomatie immer in Stich lässt, weil ihm an einem erträglichen Verhältnis mit Frankreich doch weit mehr gelegen ist als an einem abenteuerlichen Schutz- und Trutzbündnis mit Deutschland. Uns was die Vereinigten Staaten anbelangt, so kann man nicht eindringlich genug vor der Illusion warnen, als ob sich die Regierung und die öffentliche Meinung in Amerika für irgendwelche Schritte und Bestrebungen einsetzen werden, die nicht eindeutig im Sinne der Abrüstung liegen. Wer von den USA eine Unterstützung irgendwelcher Pläne erwartet, die auf eine Angleichung der deutschen Rüstungen nach oben hinauszielen, für den wird es ein böses Erwachen geben, wenn er darauf irgendwelche Hoffnungen setzt.

Der Gedanke, England von Frankreich in dieser Frage entscheidend trennen zu können, ist nicht weniger verfehlt. Es ist ja gerade der Sinn und der Zweck jenes Konsultativpaktes gewesen, den Paris und London im letzten Stadium der Lausanne Konferenz abgeschlossen haben, eine Einheitsfront vor allem in der Abrüstungsfrage gegenüber dem nationalistisch regierten Deutschland zu bilden. England mag die deutschen Forderungen dazu benutzen, einen stärkeren Druck auf Frankreich im Sinne der Abrüstung auszuüben, es wird sich aber bestimmt nicht zum Anwalt dieser Forderungen machen: das zeigen schon deutlich die zwar besorgten, aber keineswegs freundlichen konservativen Pressestimmen, die die Berliner Havas-Meldung kommentieren.

Das deutsche Rüstungsproblem ist und bleibt also in erster Linie eine deutsch-französische Angelegenheit. Im Reichswehrministerium scheint man das wohl begriffen zu haben und deshalb wurden ja unverbindliche Vorverhandlungen zwischen deutschen und französischen Militärsachverständigen in Genf bereits eingeleitet. Allerdings, wie es scheint, ohne besonderen Erfolg. Indessen gibt es zumindest eine Kategorie von Franzosen, die den deutschen "Umbildungs"-Wünschen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen: das sind - wen wird es wundern? - die französischen Rüstungsindustriellen, die Morgenluft wittern, nachdem sie lange Zeit unter dem Alpdruck der internationalen Abrüstungspropaganda gestanden haben. Zwischen dem "Comité des Forges" und der deutschen Stahlindustrie laufen zwar wenig sichtbare, aber umso festere Fäden, die wiederum zu den Generälen und Regierungen beider Länder führen. Das allein erklärt schon, warum selbst die nationalistischen Blätter Frankreichs einer Aussprache mit Deutschland über die deutschen Forderungen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, allerdings schon jetzt einen ganzen Katalog von Gegenforderungen formulieren, zu denen die Auflösung aller militärischen Verbände, die Internationalisierung der Luftschifffahrt und natürlich auch ein "Ost-Locarno" gehören. Die Unterhaltung verspricht demnach sehr lebhaft zu werden, nach aussen - und nach innen!

Schon jetzt lässt sich allerdings feststellen, dass die deutsche Öffentlichkeit durch Schlagworte auf Ziele festgelegt wird, die schlechterdings unerfüllbar sind und übrigens, wie es scheint, gänzlich von der Reichsregierung erstrebt werden. Dazu gehört z.B. der Ausdruck "Wehrhoheit". Wenn dieses Wort einen Sinn hat, so doch nur den einer völligen Souveränität, also Selbständigkeit und Handlungsfreiheit, Deutschlands auf diesem Gebiete. Wenn wir recht unterrichtet sind, sind die Pläne des Reichswehrministers von Schleicher viel konkreter, begrenzter und auch realpolitischer als dieses nationalsozialistische Schlagwort. Sonst hätte es ja auch gar keinen Sinn, mit den Franzosen überhaupt verhandeln zu wollen, denn eine hundertprozentige Rüstungsfreiheit wird Deutschland schon im Hinblick auf das zahlenmässige Uebergewicht seiner Bevölkerung und auf seine industrielle Uebermacht nicht gewährt werden. Schleichers Bestrebungen gehen offenbar nur dahin, die deutsche Reichswehr durch eine kürzere Dienstzeit und durch ein grösseres Ergänzungsjahreskontingent, sowie auch durch eine entsprechende, mit den Armeen anderer Staaten vergleichbare Bewaffnung ausbauen zu können.

Man wird zu diesen einzelnen Forderungen - ebenso zu den angekündigten Gegenforderungen der Vertragsmächte - noch öfter Stellung zu nehmen Gelegenheit haben sobald sie öffentlich zur Diskussion stehen. Aber schon jetzt sei hier auf einen grundsätzlichen Punkt hingewiesen: der diplomatische Kampf, den Deutschland zu führen gedenkt, wird ein so schwerer sein und berührt so viele Probleme der Innen- und Aussenpolitik, dass er nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn das deutsche Volk in seiner grossen Mehrheit Vertrauen zu der Regierung hat, die in seinem Namen verhandelt. Eine Regierung, von der das Ausland von vornherein weiss, dass sie im eigenen Volk nichts oder fast gar nichts hinter sich hat, wird und kann auf diesem Gebiet gar nichts erreichen. Damit ist schon gesagt, dass wir die Regierung von Papen für nicht geeignet halten, derartige schwierige Probleme erfolgreich zu lösen. Man komme uns auch nicht mit dem Argument, das wir schon zu Beginn der Lausanner Konferenz hörten und das man abermals gegenüber dem Ausland durchklingen lässt: dass in diesen Fragen das deutsche Volk einmütig sei. Das ist einfach nicht wahr! Die Nationalsozialisten z.B. verstehen unter "Wehrhoheit" etwas ganz anderes als die sorgsam abgesteckten Pläne von Schleichers, und was die Arbeiterklasse betrifft, wird sie sich schwer hüten, gerade in solchen Problemen, die übrigens nicht nur aussenpolitischer Natur sind, eine Blankovollmacht denen zu geben, die sich eingestandenemassen nur auf die Macht der Bajonette stützen und die bisher den Beweis dafür schuldig geblieben sind, dass sie diese Macht wirklich unparteiisch anzuwenden gewillt und fähig sind!

SPD. Frankfurt a.M., 25. Aug. (Eig. Drahtb.)

In den letzten Tagen haben bei verschiedenen Angehörigen des Reichsbanners und der Sozialdemokratischen Partei Hausdurchsuchungen nach Waffen stattgefunden. Diese Durchsuchungen, die von der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums vorgenommen wurden, sind ergebnislos verlaufen.

SPD. Frankfurt a.M., 25. Aug. (Eig. Drahtb.)

Eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die am 4. Juli in Frankfurt-Bockenheim stattfand, erlebte ihr gerichtliches Nachspiel. Das Kleine Schöffengericht verurteilte einen kommunistischen Arbeiter, der mit einem Totschläger zweimal einen Nationalsozialisten geschlagen hatte, wegen qualifizierten Landfriedensbruchs zu 6 Monaten Gefängnis und lehnte die Haftentlassung ab. Die Angaben des Angeklagten, dass er nur in der Abwehr geschlagen habe, wurden ihm nicht geglaubt. Ein unorganisierter Arbeiter, der ebenfalls in diese Schlägerei verwickelt war, erhielt wegen einfachen Landfriedensbruchs 3 Monate Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist.

SPD. Stuttgart, 25. Aug. (Eig. Drahtb.)

Aus dem Schwarzwälder Uhrenindustriegebiet wird der "Schwäbischen Tagwacht" geschrieben: "Unheimlich schwindet der Uhrenexport dahin. Die Gesamtausfuhr an Uhren fiel von 42 900 Doppelzentnern im ersten Halbjahr 1929 auf 23 566 Doppelzentner im gleichen Zeitraum für 1932 oder von 27,0 Millionen Mark auf 13,2 Millionen Mark. Die Ausfuhr von Grossuhren (Wanduhren, Standuhren usw.), sonst immer ein Hauptausfuhrartikel, sank von 35 899 Doppelzentner oder 18,6 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1929 auf 16 980 Doppelzentner oder 8,0 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1932. Das sind Zahlen, die zu denken geben. Infolge der Zollpolitik der bisher von Hitler tolerierten Papen-Regierung verlor der deutsche Uhrenmarkt immer mehr Staaten, so neuerdings Holland und Dänemark. Aber noch gefährlicher als die Zölle sind für den deutschen Aussenhandel die ewigen politischen Unruhen, welche die Nazi allerorten anzetteln. Ihre Auswirkungen auf unsere Ausfuhr und damit auf die einheimische Wirtschaft aller Zweige sind geradezu verheerend. Unsere Fabrikanten wissen davon auf Grund von schriftlichen und mündlichen Zeugnissen und Aeusserungen ihrer ausländischen Kundschaft zu erzählen. Heute wagt sich selten mehr ein Ausländer herein nach Deutschland. Alle fürchten den Bürgerkrieg, die politischen, durch die Nazi unausgesetzt hervorgerufenen Unruhen. Als es in Deutschland noch eine unbekannte Sache war, den politisch Andersdenkenden mit Messer und Dolch, mit Revolver, Handgranaten und Bomben zu schädigen, da kamen noch viele ausländische Käufer zu uns. Heute? Die Nazi haben sie fast alle vertrieben! Unsere Wirtschaft und jede Kauf- und Steuerkraft gehen zugrunde; die furchtbare Ursache dafür sind die Bürgerkriegsmethoden und die Mordpest der Braunhemden."

SPD. Braunschweig, 25. Aug. (Eig. Drahtb.)

Das Amtsgericht Braunschweig verurteilte am Donnerstag den Betriebsleiter Paul Schlösser und den Setzer Gudehus zu je drei Monaten Gefängnis. Die Verurteilten werden beschuldigt, während der Verbotszeit des "Harzer Echo" in Blankenburg eine Ersatzzeitung herausgegeben zu haben. Das Gericht hat ein Flugblatt "Alarm", das Gudehus verantwortlich zeichnete, als eine - Ersatzzeitung angesehen. Von der Zeitung "Harzer Echo" sitzt bereits der Redakteur Salge im Gefängnis. Salge wurde wegen Aufreizung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Nun sollen auch noch der Betriebsleiter der Druckerei und ein Setzer ins Gefängnis wandern. Gegen das Urteil werden selbstverständlich alle Rechtsmittel verfolgt werden.

SPD. Weimar, 25. Aug. (Fig.Drahtb.)

In der Nacht zum Donnerstag um 12 Uhr wurde der Reichstagsabgeordnete Frölich, der auch Vorsitzender der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion ist, in seiner Privatwohnung telefonisch angerufen. Der Anrufer fragte Frölich, ob es stimme, dass bei ihm am Schönen Blick - das ist die Strasse, wo Frölich wohnt - "etwas los" sei, und ob er ihm Leute als Beschützer schicken solle. Auf die Rückfrage, wer der Anrufer sei, lautete die Antwort: "Grube im Volkshaus". Frölich antwortete dann: "Hier ist nichts los. Es sind zwar vorhin ungefähr 30 Mann hier vorbeimarschiert, sonst ist nichts los." Der Anrufer fragte wieder: "Soll ich Ihnen Leute schicken?", worauf Frölich mit einem Nein antwortete. Der Anrufer wurde nun gemein und sagte durchs Telefon: "Du Lump, mach Dich fertig, in einer Viertelstunde sind wir oben. Die Schufo haben wir bereits abgefangen." Frölich erkundigte sich sofort beim Postamt, von welcher Stelle dieser Anruf erfolgt sei. Er erhielt die Auskunft, dass der Anruf von einem Automaten aus erfolgte. Von dem Vorgang hat Frölich sofort die Polizei in Kenntnis gesetzt. Es handelt sich offensichtlich um ein nationalsozialistisches Manöver, das den bekannten Sozialdemokraten in eine vorbereitete Falle locken sollte.

SPD. Braunschweig, 25. Aug. (Fig.Drahtb.)

Die Deutschnationalen des Landes Braunschweig haben den Reichsminister von Gayl gebeten, die geplante Selbstschutzorganisation der Nationalsozialisten nicht zu genehmigen. Die braunschweigischen SA-Leute, die täglich auf eine Verwendung im Polizeidienst warteten, sind sehr empört, dass sie noch nicht gerufen worden sind. Um die Koalition nicht zu gefährden, haben die braunschweigischen Deutschnationalen den Eindruck entstehen lassen, als ob sie mit dem sogenannten Selbstschutz der Nationalsozialisten einverstanden seien.

SPD. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat dem Präsidenten Löbe jetzt formell mitgeteilt, dass als ältestes Mitglied des neuen Reichstags die kommunistische Abgeordnete Frau Zetkin am 30. August zur Eröffnung des Reichstags erscheinen und die Funktionen der Alterspräsidentin ausüben werde.

SPD. Braunschweig, 25. Aug. (Fig.Drahtb.)

Dem Braunschweiger "Volksfreund" ist ein Rundschreiben der Hitler-Jugend in die Hände gefallen, aus dem hervorgeht, in welcher verbrecherischen Weise die Hitler-Jugend erzogen wird. In dem Rundschreiben, das auch deutliche Hinweise über die Taktik der ganzen Partei gibt, wird mitgeteilt, dass als Gegner die Sozialistische Arbeiterjugend, die kommunistische Jugend und das Zentrum angesehen werden müssten. Es wird dann u.a. gesagt:

"Die Werbung für die Hitler-Jugend hat unter verschiedenen Gesichtspunkten zu geschehen, und zwar ungefähr nach dem Muster: Wir die Freiheit, die anderen die Knechte! Wir die Wahrheit, die anderen Lügner. Wir das Leben, die anderen Sterbende. Im Kampfmonat werden Klebezettel verteilt, und zwar nicht mit spießbürgerlichen Aufschriften wie "Kommt zu uns", sondern mit Texten wie: "Hitlerjungen, merkt euch die marxistischen Provokateure" oder "Tausendfältige Rache für jeden gemeuchelten Hitlerjungen" (Vorschläge können von jedem Hitler-Jugendmann gemacht werden). Die anlässlich der Winteroffensive herauskommenden Flugblätter sind äusserst scharf gehalten. Sie greifen den Gegner in brutaler und ihren Taten entsprechender Weise an und sind glänzend zur Verteidigung geeignet, da sie aus dem Rahmen des alltäglichen herausfallen. Die Propagandaabteilung wird eine Reihe von Transparenten herstellen, die revolutionäre Aufschriften tragen sollen. Bildertransparente etwa nach folgendem Muster: Ein Hitlerjunge tritt mit geballten Fäusten einem anstürmenden, mit Dolch und Revolver bewaffneten

SAJ-Mann entgegen und versetzt ihm einen unsanften Tritt in den Hinterteil. Die Parteipresse wird scharfe brutale Angriffe auf Einzelpersonen bringen. Wie die Angriffe beschaffen sein sollen, wird auch folgendermassen angeordnet: Bei Angriffen auf Einzelpersonen muss darauf geachtet werden, dass diejenigen zuerst angegriffen werden, die allerhand auf dem Kerbholz haben. Die Angriffe richten sich immer nach der Schwere der Taten bzw. ihrer Verbrechen. Will man eine Person lächerlich machen, so greift man zu folgendem Satz, der hier lediglich als Beispiel angeführt werden soll: Thielemann, der grösste Schaumschläger des braunachweigischen Landtags."

Die Folgen dieser "Erziehungstätigkeit" an der Hitler-Jugend erkennt man daran, dass dem Redakteur und Abgeordneten Thielemann in den letzten Wochen dreimal hintereinander die Fensterscheiben eingeworfen wurden und dass man ausserdem seine schwarzrotgoldene Fahne mit Säure zu vernichten suchte.

SPD. Das kommunistische Zentralorgan "Rote Fahne" in Berlin ist auf die Dauer einer Woche - vom 26. August bis 2. September einschliesslich - verboten worden. Anlass dazu bot eine scharfe Kritik an dem Berliner Sondergerichtsurteil, das einen zwanzigjährigen Arbeiter wegen eines angeblichen, nur von Nationalsozialisten bezeugten Schusses, der niemand traf, auf zehn Jahre ins Zuchthaus bannen soll.

SPD. Stuttgart, 25. Aug. (Eig.Drahtb.)

Aus Anlass der Nachricht, dass infolge der amerikanischen Einbürgerung von Frau Dr. Kienle der gegen sie und Dr. Wolf angestrengte Prozess ins Wasser fallen könnte, haben einige auf diesen Prozessanfang besonders scharfe Blätter dem Stuttgarter Gericht Vorwürfe darüber gemacht, dass es diese Entwicklung durch die vorzeitige Haftentlassung der Frau Dr. Kienle und durch zu grosse Ausdehnung der Untersuchung gewissermassen begründet hätte. Dagegen wendet sich jetzt die Stuttgarter Justiz-Pressestelle in einer Erklärung, in der sie feststellt, dass nach der seinerzeit aufgrund der Haftbeschwerde erfolgten Feststellung der Strafkammer weder Verdunkelungsgefahr noch Fluchtverdacht bestanden hätten, so dass jeder Rechtsgrund für die Fortdauer der Untersuchungshaft entfiel. Ebenso hätten keine rechtlichen Möglichkeiten bestanden, Frau Dr. Kienle an der Ausübung ihrer ärztlichen Tätigkeit oder am Abhalten von Vorträgen zu hindern. Schliesslich sei auch keine Abkürzung der Untersuchungsdauer selbst möglich gewesen, denn es war nicht angängig, wie jetzt ein Blatt empfohlen hat, einige "besonders markante Fälle" herauszugreifen, da erst die gesamte Untersuchung der etwa 200 einzelnen Fälle und besonders ihre ärztliche Begutachtung ergeben könne, welche von diesen Fällen als besonders schwerwiegend anzusehen sind.

SPD. Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Mumm ist nach längerem Krankheitslager in Berlin gestorben. Mumm, der Pastor in Dortmund-Hohensyburg war, hat ein Alter von 59 Jahren erreicht. Er war der Schwiegersohn des früheren Führers der christlichsozialen Bewegung, Hofpredigers Dr. Adolf Stöcker, und war dessen letzter Anhänger in Deutschland. Bei der letzten Wahl wurde Mumm nicht wiedergewählt.

SPD. Köln, 25. Aug. (Eig.Drahtb.)

Ein tapferer Priester ist der katholische Pfarrer in Waldbrühl, einer der Nazihochburgen im bergischen Lande. Als die SA-Leute in voller Kriegsausrüstung in die Kirche einrücken wollten, machte der Pfarrer es ähnlich wie Jesus im

Tempel. Er sprach: "Dieses Haus ist ein Gotteshaus und kein Parteihaus," und verwehrte den SA-Leuten den Eintritt. Von evangelischen Pfarrern hat man ein so mutiges Verhalten selten gehört.

SPD. Der stellvertretende Reichskommissar für Preussen, Dr. Bracht, hat am Mittwoch den Nazi-Präsidenten des Preussischen Landtags Kerrl in seiner Dienstwohnung aufgesucht, um mit ihm das Verhältnis der kommissarischen Regierung zum Landtag zu erörtern. Die "Kommissare" stehen auf dem Standpunkt, dass sie nur dem Reichspräsidenten, nicht aber dem Parlament verantwortlich seien. Wie man hört, hat Bracht diese Auffassung auch bei Kerrl vertreten, aber hinzugefügt, dass sie selbstverständlich nichts an der Tatsache ändere, dass die Regierung gewillt sei, mit dem Landtag in entgegenkommender Weise zusammen zu arbeiten. Die Regierung habe selbst über die Form dieser Zusammenarbeit zu entscheiden, also z.B. auch darüber, ob die Verhandlungen zwischen Regierung und Parlament auf schriftlichem Wege vor sich gehen sollen oder ob Regierungsvertreter zur Auskunftserteilung in die Landtagssitzungen kommen. Weiter wurde auch die Einberufung des Justiz-Untersuchungsausschusses nach Beuthen erörtert. Bracht hat dabei grundsätzliche Bedenken gegen die Reise des Ausschusses zum Ausdruck gebracht, und auch dagegen, dass der Untersuchungsausschuss jetzt schon in die Angelegenheit eingreifen will, während das Wiederaufnahmeverfahren schon angekündigt ist. Inzwischen nimmt der Verfassungstreit zwischen der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags und dem Präsidenten Kerrl seinen Fortgang. Kerrl hat sich über den Antrag, den Landtag zum 16. August einzuberufen, selbstherrlich hinweggesetzt und die Einberufung erst zum 30. August vorgenommen. Nachdem bereits die Klage beim Staatsgerichtshof schwebte, hat er dann nach Leipzig mitgeteilt, dass durch die von ihm angeordnete Einberufung die sozialdemokratische Klage gegenstandslos geworden sei. Diesem Manöver ist die Sozialdemokratische Fraktion jedoch mit einem neuen Schriftsatz begegnet, in dem sie darlegt, dass die Einberufung des Landtags zum 30. August als Erfüllung des Rechtsanspruchs der sozialdemokratischen Fraktion gemäss Art. 17 Abs. 3 der preussischen Verfassung nicht angesehen werden könne. Die Wahl dieses Tagungstermins durch den Präsidenten müsse als unrechtmässig und in Verbindung mit dem Antrag der Sozialdemokraten im Ältestenrat als verfassungswidrig bezeichnet werden. Die sozialdemokratische Erklärung ersucht den Staatsgerichtshof um die Herbeiführung einer Entscheidung, wonach der Präsident verfassungsmässig verpflichtet gewesen sei, dem am 3. August gestellten Verlangen eines Fünftels der Landtagsmitglieder auf Einberufung des Parlaments zu entsprechen.

SPD. Madrid, 25. Aug. (Eig. Drahtb.)

Das grosse Kriegsgericht, das gegen die Meuterer von Sevilla verhandelte, hat den Anführer der Rebellen, General Sanjurjo, wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Von den Mitbeschuldigten wurde General Garcia del Arranz zu lebenslänglichem Zuchthaus, Oberst Esteban Infantis zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Sohn des Hauptangeklagten, Hauptmann Justo Sanjurjo, wurde freigesprochen und aus der Haft entlassen. Der Verteidiger hat bereits ein Gnadengesuch beim Ministerium eingereicht.

SPD. Halle, 25. Aug. (Eig. Drahtb.)

Den Einzug einer Abteilung des Artillerie-Regiments 4 in Halle benutzten heute die Nationalsozialisten zu lärmenden Kundgebungen und Anbiederungen an die Soldaten, ganz nach dem Muster der Skagerak-Demonstration in Berlin. Auch in Halle musste die Schupo mit dem Gummiknüppel gegen die "Kameraden" der Mör-

der von Potempa vorgehen. Schliesslich musste sogar berittene Polizei eingesetzt werden, um die Strassen von den Hakenkreuz-Demonstranten zu säubern.

SPD. Nationalsozialistische Zeitungen, unter ihnen der "Völkische Beobachter", drucken ein Flugblatt ab, das in einigen Teilen Deutschlands vor der Wahl ohne Namensnennung und ohne den pressegesetzlichen Bestimmungen zu entsprechen, verteilt wurde. In diesem Flugblatt fordert eine angebliche "Jüdische Glaubensgemeinschaft Deutschlands" die jüdischen Wähler auf, ihre Stimme für die Kommunistische Partei abzugeben. Das Flugblatt ist, wie uns der "Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" mitteilt, eine grobe Fälschung. Schon die Statistik, mit der der jüdische Anteil an der Sowjetregierung aufgezeigt werden soll, weist auf die Herkunft dieser Fälschung hin. Seit mehr als 10 Jahren werden diese erfundenen Zahlen: 406 jüdische von 503 Regierungsgliedern Sowjetrusslands von judenfeindlicher Seite verbreitet. In einer gründlichen und auf vielseitigen Nachforschungen beruhenden Darstellung hat Dimitri Bulaschow in seiner im Jahre 1922 erstmalig erschienenen Schrift: "Bolschewismus und Judentum" auf Seite 14 festgestellt, dass es in Russland nicht 22, sondern nur 18 Volkskommissariate gegeben habe und dass unter den 18 Volkskommissaren nur zwei Juden - Trotzki und Dowgolewski - gewesen sind. Weiterhin stellte Bulaschow fest, dass die Zahl "503 russische Kommissare" ganz willkürlich herausgegriffen ist. In Russland führt nämlich jeder Beamter den Titel "Kommissar" und unter den hunderttausenden Kommissaren, die es in Russland gibt wird man sicher auch die von dem Flugblatt angegebene Zahl von 406 jüdischen Kommissaren auftreiben können. Eine Organisation, die sich "Jüdische Glaubensgemeinschaft" betitelt, gibt es nicht. Mit Rücksicht auf die zahllosen Terrorakte, die durch verhetzte Menschen auf deutsche Juden verübt werden, hat der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens den Sachverhalt dieses plumpen Wahlmanövers dem Reichsinnenminister übermittelt und gebeten, die Voraussetzung einer amtlichen Auflageberechtigung zu überprüfen. Die ganze Veröffentlichung hat selbstverständlich keine andere Unterlage als die Absicht, die Juden zu verdächtigen.

SPD. Gegen den Polizeivizepräsidenten Dr. Weiss und den Polizeikommandeur Heimannsberg in Berlin hat die Staatsanwaltschaft jetzt Anklage wegen Vergehens gegen § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Gross-Berlin und der Provinz Brandenburg vom 20. Juli 1932 erhoben. Den Angeschuldigten wird zur Last gelegt, am 20. Juli der Anordnung des damaligen Militärbefehlshabers, sich der weiteren Amtsausübung zu enthalten, zuwidergehandelt zu haben. Die Staatsanwaltschaft hat beantrag, das Hauptverfahren vor der Grossen Strafkammer des Landgerichts I zu eröffnen. Das kann ein spassiger Prozess werden.

SPD. Im Wiederaufnahmeverfahren gegen Bullerjahn ist der Verhandlungstermin vom vierten Strafsenat des Reichsgerichts auf den 25. Oktober d. J. festgesetzt worden.

SPD. Hannover, 25. Aug. (Eig. Drahtb.)

Ein unglaublicher Fall von Kindesmisshandlung ereignete sich in Hannover. Natürlich ist der Rohling ein Nazi. Weil das Kind, ein 14 jähriges Mädchen, vom Zeitungsaustragen (es trägt die Nazizeitung aus) zu spät nach Hause kam, prügelte der Nazi-Edelmensch seine Tochter auf der Strasse vor seinem Hause in fast unmenschlicher Weise. Das Kind flüchtete vor den Misshandlungen auf ein Nachbargrundstück und versteckte sich dort in einem Raum. Als die Mutter später das verängstigte Kind suchte, machten die Nachbarn sie auf den Aufenthaltsort aufmerksam mit der Bitte, den Vater des Kindes nicht herbeizuholen. Das tat die Mutter aber doch und nun fasste der unmenschliche Vater sein Mädel noch einmal und schleppte es unter dauernden Schlägen in seine Wohnung hinein. Das entsetzliche Schreien des Kindes rief aus der Umgebung Hunderte von Menschen herbei. Das Kind flüchtete, als der Vater nicht mit Schlägen aufhörte, in ein Nebenzimmer und sprang von hier aus dem Fenster 12 Meter in die Tiefe. Das Kind blieb unten im Hofe mit einem Bruch des Unterschenkels und inneren Verletzungen liegen. Es wurde mit einem Sanitätsauto ins Krankenhaus gebracht.

SPD. Paris, 25. Aug. (Eig. Drahtb.)

* Wie das Havas-Büro aus Berlin meldet, ist am Donnerstag der französische Abgeordnete Fribourg, der Berichterstatter der auswärtigen Kammerkommission für Mitteleuropa, in Berlin zunächst vor dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Bülow, dann vom Reichskanzler von Papen und schliesslich vom Reichswahrminister von Schleicher empfangen worden. Die Unterhaltungen drehten sich um die "wichtigsten deutsch-französischen Probleme, insbesondere die Frage der Gleichberechtigung". Die Besprechungen seien "von dem lebhaften Wunsch nach gegenseitigem Verständnis für die besondere Lage jedes der beiden Länder getragen" gewesen.

Die "Liberté" verzeichnet das Gerücht, dass der Ministerrat sich am Donnerstag eingehend mit einem grossen Diplomatschub in den französischen Auslandsvertretungen befasst habe. Es sei besonders davon gesprochen worden, den Finanzminister Germain-Martin zum Botschafter in Washington zu ernennen. Auch sei davon die Rede gewesen, den Berliner Botschafter Francois Poncet durch den Präfekten des Departements Rhone, Vallette, zu ersetzen. Der Kognakfabrikant Hennesay, der bereits einmal Gesandter in Bern war und seit seiner Niederlage bei der letzten Kammerwahl unbeschäftigt ist, soll den Botschafterposten in London erhalten. Der Quai d'Orsay dementiert natürlich diese Behauptungen der "Liberté" aufs entschiedenste, trotzdem bleibt man in politischen Kreisen bei der Ueberzeugung, dass die Ernennung Germain-Martins zum Botschafter in Washington sicher zu erwarten sei.

SPD. Paris, 25. Aug. (Eig. Drahtb.)

Auf Antrag des Innenministers Chautemps hat der Ministerrat am Donnerstag die Neuwahlen zum Senat auf den 16. Oktober d.J. festgelegt. Die Senatoren werden für neun Jahre gewählt, aber alle drei Jahre findet eine Ersatzwahl für ein Drittel des Senats statt. In diesem Jahre erfolgen Neuwahlen in den Departements, deren Namen mit den Buchstaben G bis O einschliesslich beginnen, d.h. also in den Departements Garonne bis Oise.

SPD. Paris, 25. Aug. (Eig. Drahtb.)

Das Todesurteil gegen den General Sanjurjo hat in Paris tiefste Bestürzung hervorgerufen, obwohl es eigentlich nicht unerwartet kam. In den Pariser politischen Kreisen tritt man aufs lebhafteste für den verurteilten General ein und sucht die spanische Regierung zur Milde zu stimmen. Wie die Radio-Agentur be-

richtet, habe der französische Botschafter in Madrid sogar schon eine Demarche bei der spanischen Regierung unternommen, um die Begnadigung Sanjurjo zu erwirken. Er soll dabei geltend gemacht haben, dass der General Inhaber des Grosskreuzes der französischen Ehrenlegion sei und dass die französische Regierung ihm heute noch Dank schuldig zu sein glaube für seine Rolle als Oberkommandierender der spanischen Marokko-Armee bei dem Riff-Aufstand Abd el Krim.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören am
Freitag vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.)

Aus aller Welt

"Leutnant" Hartmann

Der Mann, der Henri Guilbeaux ans Messer lieferte.

SPD. Henri Guilbeaux, der jahrelang als politischer Flüchtling in Berlin lebte, ist nach Paris zurückgekehrt im Bewußtsein seines Rechts und der in Abwesenheit erfolgten Verurteilung zum Tode. Die Verhandlung gegen ihn dürfte in etwa drei Monaten stattfinden.

Die Verurteilung war im Jahre 1919 wegen Hochverrats erfolgt. Guilbeaux hatte eine Broschüre veröffentlicht: "Der General und der Leutnant", die eine angeblich hochverräterische Korrespondenz eines Elsässers Hartmann mit dem französischen nationalistischen Politiker Gustave Hervé enthielt. Auch Hartmann war in Abwesenheit von den Franzosen zum Tode verurteilt worden. Henri Guilbeaux nahm später an, daß der Genfer Hartmann ein vom französischen Geheimdienst entsandter Lockspitzel gewesen sei. Diese Annahme scheint nicht falsch zu sein. Ein Zufall fügte es, daß ein angesehener deutscher Journalist im Jahre 1925 in Berlin dem geheimnisvollen Hartmann näher begegnete. Er hält ihn für einen politischen Hochstapler und Expresser von Format und meint, daß er sich auch heute noch irgendwo, wahrscheinlich in Österreich, bester Gesundheit erfreue. Seine nachfolgenden Feststellungen, die für die Beurteilung des Charakterbildes Hartmanns recht wesentlich sind, dürften selbst für Henri Guilbeaux und seinen Verteidiger Torrès den Wert der Neuheit haben.

Gestohlene Papiere?

Die Gastrolle, die Hartmann in Deutschland gab, war nur kurz und wenig rühmlicher Art. Im übrigen ist es schon fraglich, ob er überhaupt Hartmann heißt. In Deutschland trat er mit den Papieren eines aus Nordheim im Elsass ausgewanderten Mannes dieses Namens auf. Aller Wahrscheinlichkeit sind diese Papiere gestohlen oder gefälscht. Wurde doch vor zwei Jahren ein 75-jähriger Charles Hartmann als der angeblich zum Tode Verurteilte verhaftet, als er die französische Grenze überschritten hatte. Man mußte ihn bald wieder freilassen. Er konnte beweisen, daß er schon vor 60 Jahren aus Nordheim ausgewandert, seit Jahrzehnten auch nicht mehr nach dem Elsass zurückgekehrt war...

Der Herr Generalkonsul.

Als Hartmann in Deutschland auftauchte, gab er sich bei allen möglichen hochgestellten Persönlichkeiten als Deutsch-Amerikaner aus; ausserdem behauptete er als "Generalkonsul von Bolivien" und dank seiner vorzüglichen diplomatischen Beziehungen überhaupt berufen zu sein, in einer Reihe ausländischer Staaten eine wirksame prodeutsche Propaganda entfalten zu können. Jedem, der es hören wollte, erzählte er selbstgefällig, er sei vom III. Conseil de Guerre, dem französischen Kriegsgericht, im Jahre 1919 wegen der Broschüre "Der General und der Leutnant" zum Tode verurteilt worden; er habe jedoch rechtzeitig nach der Schweiz flüchten können. Herr Hartmann verschwieg wohlweislich, warum ihm auch der Schweizer Boden zu heiß geworden war: es schwebte gegen ihn ein Verfahren wegen Devisenschiebung, das nach einer Auskunft des Staatsanwalts in Dresden erst im Jahre 1925 niedergeschlagen worden ist.

Von Moskau bis Doorn.

Das sichere Auftreten des Herrn Hartmann, sein Dokortitel und vor allem auch sein Monokel, imponierten so sehr, daß man von ihm keinerlei Ga-

rantien verlangte, sondern gern seinem Vorschlag folgte, eine propagandistischen Zwecken dienende Korrespondenz ins Leben zu rufen. Herr Hartmann betonte immer wieder seine Liebe zu Deutschland; er forderte nur einen bescheidenen Zuschuß, der ihm auch in Höhe von monatlich 4 - 6 000 Mark von der "Deutschen Nothilfe" gewährt wurde. Freilich mußte man nach einer gewissen Zeit einsehen, daß hier "hohe und höchste Kreise" einem gerissenen Schwindler auf den Leim gegangen waren. Zwar behauptete Herr Hartmann, als die Geldgeber endlich einmal Früchte seiner Propagandaarbeit im Ausland sehen wollten, daß er (neben einer deutschen Korrespondenz) eine Anglo-American-Press-Association ins Leben gerufen habe - aber das Rundschreiben Nr. 17 dieses Unternehmens, das er zum Beweis präsentierte, hatte niemals Vorläufer gehabt, sondern war das einzige in seiner Art...

Ausserdem hat Herr Hartmann Geld durch allerlei Spitzeleien und Erpressungen verdient. Er unterhielt gleichzeitig Verbindungen mit dem Kommunisten Boris Suvarin wie mit der "Humanité", mit dem Kronprinzen in Oels, mit dem Hause Doorn und mit dem Berliner Informationsbüro der Hohenzollern: Unter den Linden 25.

Ein Guthaben von 200 000 Mark!

Das "Geschäft" blühte. Im Laufe eines Jahres hatte Hartmann bei der Dresdener Bank ein Guthaben von rund 200 000 Mark zusammengekratzt. Aber bei aller Großzügigkeit seiner Schwindeleien war er kleinlich im Geldausgeben. Die wenigen Honorare seiner Korrespondenz - die meisten Beiträge waren gestohlen - zahlte er nur unpünktlich oder überhaupt nicht. Aus französischen Zeitschriften und Zeitungen liess er ein Buch zusammenstellen "Hinter den Kulissen des französischen Journalismus", das in einem angesehenen Berliner Verlag erschien. Hinter dem Rücken des Verlages verkaufte er das russische Übersetzungsrecht an den Moskauer Staatsverlag für 100 Dollar. Dabei nahm er in diesem Buche niederträchtige Fälschungen von Dokumenten vor, deren richtiger Wortlaut längst bekannt war. Aber noch ehe seine Entlarvung erfolgte, floh er nach Baden bei Wien. Noch im vorigen Jahre versuchte er von hier aus einen Erpressungsversuch an seinen Berliner "Wohltätern", der aber mißlang. Ja er strengte sogar durch einen Wiener Rechtsanwalt einen Prozeß gegen den Verleger "seines" Buches an, fiel damit aber schmähsch herein.

Der intime Freund Léon Daudet.

Das ist nur ein kleiner Querschnitt durch die unzähligen Betrügereien Hartmanns. Er hatte keine politische Heimat, nur wo er Geld witterte, warf er seine Köder aus - und hatte Erfolg. Er ruinierte dabei skrupellos Existenzen, drohte mit gemeinsten Erpressungen und lieferte für ein paar Silberlinge Landsleute an das Messer, so wie er es mit Henri Guilbeaux getan hat. Wer Hartmann wirklich ist - das dürfte nur die französische Geheimdiplomatie wissen; seine Freundin Mademoiselle Thouvenin, die für ihn wiederholt nach Paris fuhr; möglicherweise auch der Staatsanwalt in Dresden und - der französische Nationalist Léon Daudet. Daudet erhielt jedes Jahr zu Weihnachten von Hartmann einen von Beleidigungen strotzenden Drohbrief - aber der Empfänger hüllt sich in Schweigen; er wird schon triftige Gründe hierfür haben.

x.

+ + +

Spritweber verhaftet. Unter dem Verdacht der Devisenschlebung wurde der unter dem Namen Spritweber bekannte Berliner Kaufmann Hermann Weber auf Veranlassung der Berliner Zollfahndungsstelle festgenommen.

+ + +

Freitod. Im Kölner Gefängnis hat sich eine Untersuchungsgefängene erhängt, gegen die ein Verfahren wegen Tötung ihres Stiefkindes schwebte.

+ + +

Sondergerichtliches.

Berlin: zwei Freisprüche, eine Verurteilung, eine Strafaussetzung.

SPD. Das Berliner Sondergericht - Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Tolk - führte am Donnerstag eine Verhandlung mit einem Freispruch zu Ende; eine zweite Verhandlung endete nur zum Teil mit einem Urteilsspruch, während das Verfahren gegen einen der Angeklagten wegen notwendig gewordener weiterer Beweisaufnahme abgetrennt wurde. Die Verhandlungen zeichneten sich durch sehr hohe Strafanträge der Staatsanwaltschaft aus.

+

Der erste Angeklagte war der 28jährige Bäckergehilfe Bolislaw Pawlicky. Pawlicky soll am 16. August in den Abendstunden aus einer Menschenmenge heraus, die vor einem nationalsozialistischen Verkehrslokal in der Birkenstrasse in Berlin-Moabit demonstrierte, Steine geworfen haben. Die Beweisaufnahme ergab, entsprechend den Aussagen des Angeklagten, daß Pawlicky zur fraglichen Zeit, als in dem nationalsozialistischen Sturmlokal die Fensterscheiben eingeworfen wurden, überhaupt noch nicht an dieser Stelle der Birkenstrasse gewesen sein konnte. Er ist erst später mit seinem Rad an dem Lokal vorbeigekommen und angesichts der dort versammelten Menschenmenge abgestiegen. Nazis hatten ihn als Steinwerfer denunziert - er wurde verhaftet. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren. Das Gericht kam, entsprechend dem Ergebnis der Beweisaufnahme, zum Freispruch.

+

Der Schauplatz des angeblichen Landfriedensbruchs, der in der folgenden Sondergerichtsverhandlung geahndet werden sollte, war die Schwerinstraße in Berlin-Schöneberg. Der Angeklagte Klann hatte eines Abends junge Mädchen der Bismarck-Jugend ironisch angesprochen und aufgefordert, ihr Abzeichen abzulegen. Anschliessend begab er sich wieder nach Hause. Er scheint dann von der als Belastungszeugin auftretenden Frau Müller, einem Trupp von SA-Leuten denunziert worden zu sein, denn nach kurzer Zeit eintreffende Nazis erklärten, dass sie Klann "kappen" wollten. Klann wurde nicht "gekappt", die Nazis verzogen sich wieder. Wohl aber lockte der entstehende Aufruhr eine Anzahl Bewohner der Schwerinstraße vor das Haus der Frau Müller; die Menge rief: "Müller raus! Nazis raus!" Müllers schützten sich durch Herablassen der Jalousien und Alarmieren des Überfallkommandos.

Ob Klann tatsächlich bei dem vor dem Hause der Frau Müller demonstrierenden Trupp dabeigewesen ist, konnte das Gericht, das gegen den Angeklagten am 29. August nochmals verhandeln will, nicht feststellen. Der Staatsanwalt bejahte die Frage mit seinem Strafantrag in Höhe von einem Jahr Gefängnis aufgrund der einzigen belastenden Aussagen der nationalsozialistischen Frau Müller, die den Angeklagten auf nächtlicher Strasse aus 20 Meter Entfernung erkannt haben will, obschon sie vor Gericht erklärte: "Na, er hatte ein helles Hemd an. Es kann blau gewesen sein, auch weiss...."

+

Als Klann verhaftet worden war, wurde auch von den Beamten des Überfallkommandos der um viele Jahre ältere Arbeiter Beer gefasst. Beer erklärte vor Gericht, dass er Klann lediglich gesagt hätte, er sei sicher aufgrund der Denunziation der Frau Müller festgenommen worden. Als er dann den Wagen bestieg, rief er - nach seiner Darstellung, die von fast allen Zeugen bestätigt wird - ängstlich: "Und wenn ihr mir totschatzt, mein' kleen' Hund will ick mitnehm!" Diese Darstellung erscheint insofern glaubhaft als Beer, der stottert, einen primitiven und nicht gerade sehr aufgeweckten Eindruck macht, auch sonst mehr von den Schicksalen seines Hundes, um den er sich sorgt, als von sich selbst spricht. Einer der Wachtmeister, der Beer verhaftete, will jedoch die Äusserung gehört haben: "Schlagt die Hunde tot!"

Das Gericht glaubte dem Wachtmeister. Es verurteilte Beer wegen Widerstands und wegen Aufreizung zu fünf Wochen Gefängnis; der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt....

Der Angeklagte Burde hatte bei der Abfahrt des Autos des Überfallkommandos "Rot Front!" gerufen. Der Staatsanwalt sah hierin gleichfalls Aufreizung und beantragte eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Das Gericht erblickte in dem Ruf eine aus der Gesinnung des Angeklagten heraus begreifliche Solidaritätskundgebung und kam vernünftigerweise zu einem Freispruch.

Köln: Wie das Vorspiel aussieht...

SPD. Köln, 25. Aug. (Eig. Drahtb.)

Wie die Nazipresse bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit hetzt, dafür liefert der "Westdeutsche Beobachter" wieder einmal einen Beweis. Das Städtische Presseamt in Köln gab an die Zeitungen eine Notiz heraus mit der Überschrift: "Unbotmässige Elemente in den Grünanlagen!" Das Kölner Naziblatt änderte die Überschrift um in "Kommunistische Elemente in den Grünanlagen". So reizt eine Partei die andere Partei, bis es zur Entladung der Spannung kommt. Dann schiebt wieder eine Partei die Schuld auf die andere. Die Folgen müssen die armen Teufel tragen, die sich durch die Verhetzungen zu Ungesetzlichkeiten hinreissen lassen. Die geistigen Urheber der Ungesetzlichkeiten aber sitzen sicher in ihren Schreibstuben und benutzen die Zusammenstöße oder die Urteile, die dann folgen, zu weiteren Hetzereien. Das alles heisst man heute Politik machen.

Felseneck-Prozeß. Die Donnerstagsitzung im Berliner Felseneck-Prozeß begann damit, dass der von der Verhandlung ausgeschlossene kommunistische Verteidiger Rechtsanwalt Litten durch einen regelrechten Barrikadenvorbau am Betreten des Gerichtssaals verhindert wurde. Der Vorsitzende eröffnete die Verhandlung mit Verspätung; für die Klienten des ausgeschlossenen Dr. Litten stellte er zwei Officialverteidiger. Im Namen sämtlicher bisherigen Verteidiger, auch der der nationalsozialistischen Angeklagten, verlas dann Rechtsanwalt Dr. Pusch, der frühere deutschnationale Bürgermeister von Köslin, folgende Erklärung: "Die Verteidiger im Felseneck-Prozeß sehen in der jetzt tatsächlich erfolgten Ausschlussung des Rechtsanwalts Litten von der Verteidigung einen schweren Angriff gegen das Institut der Verteidiger als solcher und den folgenschwersten Eingriff in die lebenswichtigen Interessen, eines jeden Angeklagten. Sie bedauern diese Massnahme umso mehr, als Rechtsanwalt Litten ihrer Überzeugung nach stets im besten Glauben zur Wahrnehmung der Interessen seiner Mandanten gehandelt hat". Die Verhandlung wurde bis zum 30. August ausgesetzt.

An erster Stelle! Im Internationalen Europa-Flug war am Donnerstag Ruhepause. Es wurde errechnet, dass der deutsche Flieger Wolf Hirth bisher die höchste Streckenflugleistung mit 180 Punkten erkämpft hat. Es folgen der Schweizer Fretz mit 177 Punkten, der Deutsche Morzik mit 174, der Pole Zwirko mit 166, der Pole Karpinski mit 126 Punkten. Die technische Prüfung mit eingerechnet erreichte der deutsche Pilot Posselt 413 Punkte, Zwirko 411, Hirth 410, Fretz 408, Morzik 398 Punkte.

Streit um Götz. Der Streit zwischen dem Frankfurter Götz-Darsteller Ritter und der Intendanz des Frankfurter Schauspielhauses, der zur fristlosen Entlassung Ritters und zu einem Vorstoß der Nationalsozialisten im Frankfurter Rathaus zugunsten ihres Parteigenossen Ritter geführt hatte, ist nach vielstündigen Verhandlungen durch einen Vergleich beigelegt worden. Der Vertrag Ritters bleibt gelöst. Herr Ritter erhält in Anerkennung seiner be-

sonderen Leistungen während der Goethe-Festspiele ein erhöhtes Urlaubsgeld von 2 000 Mark. Andererseits erklärt Herr Ritter sein Bedauern, dass er sich habe dazu bestimmen lassen, gegen den Intendanten zu arbeiten.

Liebenswürdigkeiten. Im Berliner Mitgiftprozeß Caro - Petschek kommt es an jedem Verhandlungstage zu neuen Sturmszenen. Der Staatsanwalt hat bereits deutlich zu verstehen gegeben, daß wahrscheinlich Caro freigesprochen wird. Professor Alsberg erklärte: "Und wenn Ignaz Petschek als Zeuge hierher gekommen wäre, dann wäre er wegen Meineids verhaftet worden". Justizrat Drucker zu Geheimrat Caro: "Wenn das Landgericht Sie vorher gesehen haben würde, dann würden Sie hier nicht auf freiem Fuß sein". Darauf Caro: "Das ist zu viel, das kann ich nicht mehr aushalten!"

Winkelstern-Berufung. Die wegen fahrlässiger Tötung vom Berliner Verkehrsgericht zu 3 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist und zu einer Geldstrafe von 5 000 Mark verurteilte Tänzerin Marianne Winkelstern hat gegen den Spruch des Gerichts Berufung eingelegt.

Autokatastrophe. Bei einem Autounfall in der Nähe von Götz bei Brandenburg/Havel wurden zwei Berliner Polizeibeamte, die auf ausserdienstlicher Fahrt waren, schwer verletzt.

Riesenunterschlagung. Ein Kassierer der Banco di Scilli in Rom ist nach Unterschlagung von 8 Millionen Lire geflüchtet.

Abgestürzt. Zwei zurzeit in den Allgäuer Bergen zur Erholung weilende Berliner Touristinnen sind bei Besteigung des Hochvogels abgestürzt. Beide wurden schwer verletzt.

Watkins +. Der englische Polarforscher Watkins ist von einer Seehundjagd in Grönland nicht zurückgekehrt. Man fand sein Motorboot, mit Wasser gefüllt, treibend auf. Der Verunglückte war erst 25 Jahre alt. Er war Mitglied einer Expedition, die die Möglichkeiten der Errichtung einer englisch-kanadischen Luftlinie über die Arktis studierte.

Bullerjahn-Prozeß. Am 25. Oktober findet vor dem Reichsgericht in Leipzig die Wiederaufnahmeverhandlung gegen den wegen angeblichen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Lagerverwalter Bullerjahn statt.

Tod durch Abmagerung? In Budapest wurde die Schauspielerin Julie Labas in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Man vermutet, dass eine übertriebene Abmagerungskur ihr Ende herbeiführte.

Ausgrabung Haithabus. Die vorgeschichtliche im Süden von Schleswig gelegene Wikingerstadt Haithabu soll unter Leitung des Kieler Museumsdirektors Professor Dr. Schwantes ausgegraben werden. Nach Berichten des frühen Mittelalters soll Haithabu in grauen Zeiten der Sitz einer schwedischen Königsfamilie gewesen sein.

Ehe mit einer Toten. In einer rheinischen Stadt wurde die Ehe eines aus Leipzig stammenden Kraftwagenführers als ungültig erklärt, weil sich herausstellte, dass sich seine Ehefrau seinerzeit vor dem Standesamt mit dem Tauschein ihrer verstorbenen Schwester ausgewiesen hatte. Die Braut, die damals 33 Jahre alt war, hatte den Eindruck hervorrufen wollen, dass sie erst 24 Jahre alt wäre. Vor dem Gesetz war damit der Chauffeur mit einer Toten verheiratet.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Regierungsfrage und Gewerkschaften.

Gerüchte und Legenden.

SPD. Was wird werden? Tag für Tag wird in der Presse diese nach der Zurückweisung des grössenwahnsinnigen Machtanspruchs Hitlers durch den Reichspräsidenten brennend gewordene Frage zu beantworten versucht. Im In- wie im Ausland gehen Gerüchte und Legenden um, und in ihnen wird auch immer wieder von einer Fühlungnahme der Reichsregierung mit den Gewerkschaften gesprochen. Sogar die Berliner Börse soll dieser Tage durch Gerüchte über Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Gewerkschaften beeinflusst worden sein.

Aus all diesen Gerüchten und Legenden macht die kommunistische Presse fertige Tatsachen. Sie berichtet bereits über einen Plan zur Bildung eines Kabinetts Schleicher-Strasse-Stegerwald, und sie behauptet keck, dass die "Tolerierung" dieser Regierung durch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften schon beschlossene Sache sei.

Zu diesem Unfug nimmt die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in ihrer neuesten Nummer, die Ende dieser Woche herauskommt, Stellung. Sie weist zunächst darauf hin, dass die Sozialdemokratie bereits Beschlüsse gefasst hat, die an ihrer oppositionellen Stellung zu jeder Rechtsregierung keinen Zweifel zulassen, und betont dann mit aller Deutlichkeit: "Wir erklären nachdrücklichst, dass der ADGB allen Kombinationen über Machtbildungen an der Spitze des Reiches absolut fernsteht und an Verhandlungen über die Bildung einer neuen oder die Umbildung der gegenwärtigen Regierung unbeteiligt ist. Wenn wir die Art der Anteilnahme des ADGB an der Gestaltung der politischen Führung im Reiche kennzeichnen wollen, so müssen wir feststellen, dass der ADGB nur von dem einen Bestreben geleitet ist, seine Unabhängigkeit von jeder Regierung, wie immer sie beschaffen sei, in vollem Umfange sicherzustellen."

Die Gerüchte über eine Fühlungnahme zwischen Reichsregierung und Gewerkschaften haben sogar schon in der Unternehmerpresse geradezu grotesk anmutende Befürchtungen laut werden lassen. So ist die "Kölnische Zeitung" der Meinung, dass die planwirtschaftlichen und staatssozialistischen Ideen, die im Reichswehrministerium anzutreffen seien, als Grundlage für eine künftige Einigung angesehen würden. Die Bemühungen der Reichsregierung um die Gunst der Arbeiter- und Gewerkschaftskreise auf der einen und das staatskapitalistische Streben der Militärs auf der andern Seite: beides zielt auf Sozialisierungsmassnahmen bei den Grundstoffindustrien oder doch zum mindesten auf Ausdehnung des Staatsbesitzes. Das Kölner Unternehmerorgan ist von dem Gang der Ereignisse bitter enttäuscht. Es sagt, die Regierung v. Papen habe sich vorgestellt mit ausgesprochen privatwirtschaftlichen, anti-sozialistischen Auffassungen. Aber schon ihr Arbeitsprogramm habe stützig machen müssen, und was bisher an Mitteilungen über das Wirtschaftsprogramm durchgesickert sei, bedeute Planwirtschaft und Verstärkung des Staatskapitalismus. Es sei merkwürdig, dass gewisse Kreise der deutschen Privatwirtschaft und ihre sonst so beredten Organisationen gegen die "Nationalisierung" durch die Militärs kaum ein Wort finden, wo sie doch früher so vielseitig:

und unentwegt gegen die "Sozialisierung" der Marxisten zu wettern verstanden hätten.

Im Unternehmerlager ist man durch die Fühlungnahme zwischen Nationalsozialisten und Zentrum beunruhigt. Man fürchtet dort, dass der Gewerkschaftsflügel des Zentrums zwischen diesem und den Nazis den Weg zu einer Verständigung ebne. "Der Deutsche", die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, bemerkt zu den Koalitionsvorführungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum, es gehe jetzt um die Frage, ob der Reichstag und damit die Volkssouveränität mehr oder minder offen ausgestaltet werde oder nicht. Die Entscheidung müsse jetzt fallen, bevor der Weg zu allerhand Experimenten beschritten werden könne. Darüber seien sich die Führer der beiden entscheidenden Parteien klar. Wenn der Stein einmal im Rollen sei, so wisse man nicht, was alles niedergerissen werde. Die Art, wie das Kabinett Brüning regiert habe, zeige, dass eine Regierung durchaus möglich sei, die sich bei Wehrung der notwendigen Unabhängigkeit und Entschlussfreiheit auf eine Mehrheit im Parlament und im Volk stützen könne. Der Reichspräsident werde einer Ablösung des Kabinetts Papen nichts in den Weg legen können und wollen, wenn eine Mehrheit des Reichstages in der Lage und entschlossen sei, eine stabile und starke Regierung zu fundieren und dafür die richtigen Männer zu präsentieren.

Ob sich dieser Optimismus der Befürworter eines Koalitionsversuchs zwischen Zentrum und Nationalsozialisten bewahrheitet? Im Augenblick steht in der Frage der Regierungsbildung nur eines fest: alles fließt.

SPD. Der Dortmunder Verbandstag der freiorganisierten Metallarbeiter hat am Donnerstag mit verschiedenen Änderungen des Statuts seine Beratungen abgeschlossen. Angenommen wurde ein Antrag des Vorstandes, dass solche Personen vom Beitritt ausgeschlossen sind, die einer Vereinigung angehören, deren Bestrebungen und Betätigung im Widerspruch zu den Verbandszielen stehen. Der Vorstand bestimmt nach Anhörung des erweiterten Beirates, auf welche Vereinigungen diese Bestimmung Anwendung findet. Damit sollen Sicherheiten geschaffen werden, um den Beitritt von Angehörigen gewerkschaftsfeindlicher Vereinigungen zu verhindern und einen Ausschluss zu ermöglichen, wenn - nach einem gleichfalls angenommenen Ergänzungsantrag - der Aufforderung der zuständigen Verbandsstelle, aus einer verbandsfeindlichen Vereinigung auszutreten, nicht entsprochen wird.

Ein Antrag, die Aufnahme erwerbsloser Metallarbeiter auch statuarisch festzulegen, wurde als überflüssig abgelehnt. Ein Antrag des Vorstandes, dass die Ortsverwaltungen, die Grundbesitz pachten, verpachten, erwerben, verkaufen oder sich an Gewerkschaftshäusern oder ähnlichen Unternehmungen beteiligen, vorher zur Sicherung der Gelder des Verbandes sich an den Vorstand wenden müssen, wird angenommen.

Eine grössere Debatte entstand bei einem Antrag Hamburg, die Wahl der Mitglieder der Ortsverwaltung nicht alljährlich, sondern alle zwei Jahre stattfinden zu lassen. Die Absicht war, die Wahlen zu den Ortsverwaltungen in gleicher Weise wie die Wahlen zu den zentralen Verbandsstellen erfolgen zu lassen. Auch die Amtsdauer der Vertreterversammlung sollte ebenfalls 2 Jahre betragen. Bei der namentlichen Abstimmung wurden die Anträge mit 214 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Alle Anträge an den Verbandstag müssen in Zukunft von einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung gestellt werden.

Das neue Statut gilt vom 2. Oktober an. Den Kassierern wurde Entlastung erteilt. Die Wahlkommission schlug in Anbetracht der schwierigen Lage die Wiederwahl des Vorstandes, der Schriftleitung und des Vorsitzenden des Verbandsausschusses vor. Sie erfolgte fast einstimmig. Nach dem Bericht der

Rechnungskommission hat der Vorstand einen Abbau der Gehälter vorgeschlagen, der sie auf 75 % der Karlsruher Beschlüsse festlegen soll. Die Rechnungs-
kommission war für einen Abzug von nur 20%. Nach langer Debatte wird in
namentlicher Abstimmung der Vorschlag der Rechnungskommission mit 153 gegen
115 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage des Vorstandes wird ohne Debatte ange-
nommen. - Die Bestimmung des Tagungsortes für den nächsten Verbandstag wird
dem Vorstand überlassen.

Viktor Stein-Wien dankte namens der ausländischen Delegation dem DMV
für die Gastfreundschaft. Im Metallarbeiterverband erblickten die ausländi-
schen Metallarbeiter ein Unterpfand ihres Aufstieges. Unter stürmischem
Beifall rief Stein im Hinblick auf die Genfer Beschlüsse für Oesterreich
aus: "Jetzt erst recht Anschluss an Deutschland, und zwar aus proletari-
schem Klasseninteresse!" Reichel schloss mit einem Aufruf an die Metallarbei-
ter zu aktiver Arbeit den Verbandstag. Mit dem Freiheitsruf nahmen die Bele-
gierten Abschied.

SPD. Der Erlass des Reichskommissars Dr. Bracht gegen die Schönheits-
konkurrenzen und Nacktvorstellungen hat auch auf verschiedene Vorführungen
und Schaustellungen in Varietes, Kabaretts usw. Bezug genommen. Die Inter-
nationale Artistenloge legt, wie ihr Vorsitzender Fossil mitteilt, Wert
darauf, festzustellen, dass die Artisten den Erlass begrüßen, soweit er
Darbietungen unterbietet, die von Personen und in einer Form ausgeführt
werden, die dem Ansehen der wirklichen Artisten schon von jeher Schaden zu-
gefügt haben. Oftmals hätten Nackttänzerinnen und Frauen, die lediglich
ihren Körper in sogenannten Plastiken zur Schau stellten, sich als Arti-
stinnen bezeichnet. Die Artistenschaft habe diese "Damen" niemals als Arti-
sten angesehen. Sie erwarte, dass man nach dem Verschwinden zweifelhafter
Darbietungen in den Varietes und Kabaretts die von Arbeitslosigkeit heim-
gesuchten Artisten beschäftige. Hoffentlich bahne jedoch der Erlass nicht
eine Entwicklung an, an deren Ende vielleicht die Wiedereinführung der Zens-
sur oder eine so starke polizeiliche Einschränkung stehe, dass eine freie
künstlerische Betätigung im Variete und Kabarett unmöglich gemacht werde.

SPD. In Holland ist der Kammer ein Gesetzentwurf zur Regelung der Heim-
arbeit zugegangen. Es soll hauptsächlich der Bekämpfung von Misständen in
der Heimarbeit dienen und die Möglichkeit eines durch paritätische Heimar-
beitsausschüsse festzusetzenden Mindestlohnes schaffen.

SPD. Der Schlichtungsausschuss in Koblenz fällt für die mittelrheini-
sche Metallindustrie einen Schiedsspruch, der für die verschiedenen Arbei-
terkategorien einen Abbau um 2, 3 und 4 Pfennige bringt. -

Für die Textilindustrie des Bezirks Düren-Euskirchen kam eine freie
Vereinbarung zustande, wonach ab 1. September eine Lohn-Kürzung um 6 Prozent
eintritt. Das Abkommen läuft bis Ende März des nächsten Jahres. -

Wann wird endlich einmal mit dem Lohnabbau Schluss gemacht werden. In
der Textilindustrie gibt es Tausende von Kurzarbeitern, die weniger verdie-
nen, als die Arbeitslosenunterstützung ausmacht. Bei Wochendurchschnitts-
verdiensten von 2,50 bis 15 Mark immer noch Abbau?



Stagnierende Wirtschaft.

Verpuffte Saisonbelegung. - Aufgearbeitete Russenaufträge. - Exporterschwerungen.

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut gibt einen Bericht über den Wirtschaftsverlauf während des letzten Vierteljahres, in dem betont wird, daß die Beschäftigung der Industrie in den letzten Monaten nahezu unverändert geblieben ist. Die Stagnation hält also an.

Die Wirkungen der Saisoneinflüsse, die regelmässig im Frühjahr einsetzen, sind so gut wie verpufft. In einer Reihe von Industrien, z.B. in der Spielwarenindustrie, ist auch die Frühjahrsbelegung infolge Zurückhaltung des Handels und der Käufer weit hinter dem saisonüblichen Umfang zurückgeblieben. Die Russenaufträge, die vielen Industrien während der letzten Zeit eine wesentliche Stütze boten, sind wohl im großen und ganzen aufgearbeitet. Obwohl die Maschinenindustrie von einem Ansteigen der Auslandsaufträge - wahrscheinlich zum grössten Teil Russenaufträge - berichten kann, müssen die meisten Industrien mit verringerten Exportmöglichkeiten rechnen. Das gilt u.a. für die Papierwaren- und die Textilindustrie. Dazu kommt, daß die amtliche Wirtschaftspolitik in Deutschland sich zu unheilvollen Maßnahmen entschliessen zu wollen scheint, die den Export weiter abschneiden und abdrosseln müssen. So vollzieht sich in vielen Industrien, u.a. in der Lederwaren- und Schuhindustrie und in der Herstellung von Porzellan, die Anpassung der Produktion an einen neuen Tiefstand des Warenabsatzes. Nur in einzelnen Industrien ist die Produktion bereits so weit gedrosselt, daß sie unter dem laufenden Konsum liegt. Das trifft für die Textilindustrie zu. Hier ist mit einer Erholung zu rechnen, die von Bedeutung werden könnte, wenn eine zielbewusste Wirtschaftspolitik im Rahmen der sozialdemokratischen Arbeitsbeschaffungsanträge daran anknüpfen würde. Leider kann man sich in Deutschland nicht entschliessen, eine Politik der Kaufkraftsteigerung und der Absatzförderung zu betreiben. Trotzdem sich der Umsatz im Einzelhandel während des zweiten Vierteljahres 1932 gegenüber dem Vorjahr um nicht weniger als 21 Prozent verringert hat. So muß man befürchten, daß die Poststellung des Konjunkturforschungsinstituts, wonach sich im Monat Juli ein neuer Konjunkturrückgang durchgesetzt hat, auch für die kommenden Monate gelten wird. Im einzelnen ist folgendes zu bemerken:

Die Ernteerträge werden als über "überdurchschnittlich" bezeichnet. An eine Getreidepreisaufbesserung als Folge "umfassender staatlicher Sützungsmassnahmen" glaubt das Konjunkturforschungsinstitut nicht. Hinsichtlich der niedrig liegenden Viehpreise wird eine teilweise Liquidation der seit 1924 wieder aufgebauten Viehbestände befürchtet. In der industriellen Wirtschaft war während des zweiten Vierteljahrs die Produktionsgüterindustrie saisonmässig leicht belebt, dagegen die Verbrauchsgüterindustrie, Folge des weiteren Lohnabbaus, weiter abwärts gerichtet.

Im Steinkohlenbergbau haben Gewinnung und Belegschaft abgenommen; im Braunkohlenbergbau sind dagegen Rohkohlenförderung, Brikettherstellung und die Beschäftigtenziffer saisonmässig gestiegen. Die Eisenindustrie war während des zweiten Vierteljahrs 1932 besonders durch die Russenaufträge merklich gestützt. Nach Aufarbeitung dieser Aufträge gehen Produktion und

Beschäftigung wieder zurück. Dagegen ist die Produktion der Nichteisenmetallindustrie nicht mehr zurückgegangen. In der Maschinenindustrie halten sich die Inlandsaufträge seit Beginn des laufenden Jahres auf gleicher Höhe; dagegen sind die Auslandsaufträge - Russenaufträge! - gegenüber dem ersten Vierteljahr 1932 gestiegen. In der elektrotechnischen Industrie ist die Beschäftigung im großen und ganzen weiter gesunken. Die Eisen- und Stahlwarenindustrie kann eine saisonmäßige Belebung des Inlandsmarktes verzeichnen. Allerdings muß sie im Export Einbussen in Kauf nehmen. Der Autoabsatz war gering. Die Konkurrenz durch das gebrauchte Fahrzeug ist weiter gewachsen. Schlechte Exportergebnisse liegen auch für die Papierindustrie vor, während der Inlandsabsatz der papiererzeugenden Industrie angestiegen ist. Der Baumarkt erhielt so etwas wie eine Stütze durch die Siedlungsbautätigkeit und den Umbau von Großwohnungen. Eine verschärfte Anpassung an den verringerten Absatz scheint sich in der Glas-, der feinkeramischen, der Porzellan- und der Lederwaren- und Schuhindustrie zu vollziehen. Die Funkindustrie leidet unter gedrosseltem Export.

Für den Holzmarkt wird festgestellt, daß sich teilweise der Preisrückgang verlangsamt hat. In der holzbearbeitenden Industrie verharret die Geschäftstätigkeit aber immer noch auf einem tiefen Stand.

Im Einzelhandel ist eine Verlangsamung des Preisrückganges festzustellen, die vorerst aber nur auf die Qualität der Waren drückt. Umsatz- und Beschäftigung des Handwerks haben abgenommen. Die Saisonbelebung war geringer als im Vorjahr.

Inlands- und Auslandsabsatz der Textilindustrie verschlechterten sich weiter. Allerdings hat die Preisbefestigung auf wichtigen Rohstoffmärkten den Druck auf die Lagerhaltung verringert. Produktion und Beschäftigung dürften gegenwärtig den laufenden Konsum nicht decken. Aus diesem Grunde glaubt das Konjunkturforschungsinstitut an eine "vorübergehende Belebung".

Wenn man das vom Konjunkturforschungsinstitut entworfene Bild auf einen Nenner bringen will, dann muss man feststellen, dass wir über die gewaltigen Kriseneinbrüche hinweg sind. Es sind immerhin Ansätze für eine nachhaltige Wirtschaftsbelebung vorhanden. Notwendig wäre es aber, diese Ansätze auszubauen. Das könnte man an Hand eines umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramms wie es die sozialdemokratische Partei in ihren Reichstagsanträgen festgelegt hat. Es kommt alles darauf an, ob die gegenwärtige Regierung den Willen hat, die Möglichkeiten, die sich für eine Wirtschaftsbelebung bieten, auszunutzen.

SPD. Der an die Wirtschaft gewährte Reichsbankkredit hat sich im Laufe des Monats August um nicht weniger als 500 Millionen Mark verringert. Die Wirtschaft hat insgesamt im August mehr als 150 Millionen Mark mehr zurückgezahlt, als sie vor gut drei Wochen zur Überwindung des Vierteljahrsultimos in Anspruch nehmen mußte. Das beweist die innere Möglichkeit der Reichsbank, Forderungen zur Arbeitsbeschaffung, wie sie in den sozialdemokratischen Reichstagsanträgen erhoben werden, entgegenzukommen. Weiter dürfte mit der befriedigenden Entlastung bei der Reichsbank die Frage einer weiteren Diskontsenkung vor die Entscheidung gestellt werden.

Die Reichsbank meldet für die dritte Augustwoche einen Rückgang in den von ihr gewährten Krediten im Umfange von 168,8 Millionen Mark auf 3 241,3 Millionen Mark, wovon auf den Wechselkredit allein 133,6 Millionen Mark entfallen. Der gewährte Wechselkredit vermindert sich damit auf 2 779,9 Millionen Mark. In der dritten Juliwoche ging die Kreditsumme um 103,4 Millionen Mark auf 3 394,4 Millionen Mark zurück.

Die Währungsreserve verzeichnet eine Erhöhung um 12 Millionen Mark

auf 911,7 Millionen Mark. Im einzelnen haben sich die Goldbestände um 5 Millionen Mark auf 768,1 Millionen Mark und die Bestände an Deckungsdivi-
sen um 7 Millionen Mark auf 143,6 Millionen Mark erhöht.

Die Deckung der Noten wird mit 25,2 Prozent ausgewiesen gegenüber 24 Prozent in der Vorwoche.

SPD. Nach Beendigung der Hauptreisezeit am 1. September läßt die Deutsche Luft Hansa ihren Herbstflugplan in Kraft treten. Abgebaut werden in der hauptsache die Linien nach den Sommererholungsorten. Insgesamt wird die Hansa auch im Herbst nach 26 ausländischen Großstädten und 35 deutschen Verkehrscentren günstige Anschlüsse vermitteln. Der Sonntagflugdienst wird auch weiterhin auf den Strecken Berlin - Paris und Berlin - Moskau durchgeführt. Während des Monats September wird die tägliche Flugleistung der Hansa rund 35 000 Kilometer betragen, also 15 Prozent weniger als die Spitzenleistung der Hauptverkehrsperiode während des Sommers ausmachte.

Die Deutsche Luft Hansa konnte trotz Einschränkung der Flugleistung um etwa 6 % während des Sommers den Passagierverkehr während der Monate Mai bis August um 5 % steigern. Dabei ist zu beachten, daß Engländer und Amerikaner in diesem Sommer in weit geringerer Zahl als früher Reisen nach Deutschland unternahmen. Die Verkehrssteigerung, die zum Teil auf den deutschen Verkehr kommt, ist wohl dadurch erreicht worden, daß die Hansa bei der Ausgabe von Rückflugscheinen eine Ermässigung von 30 % auf die an sich ermäßigten Preise gewährte. Ausserdem dürften die Sicherheit und die Regelmässigkeit, die gerade die Deutsche Luft Hansa für sich in Anspruch nehmen kann, den Verkehr gehoben haben.

SPD. In der "Konsumgenossenschaftlichen Rundschau", der Wochenschrift des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, beschäftigt sich Vollrat Klepzig mit der gehässigen Agitation des Einzelhandels, die den Konsumvereinen vorwirft, sie müssten Staatshilfe in Anspruch nehmen. Klepzig erinnert daran, wie oft gerade der Einzelhandel Staatshilfe in Anspruch nehmen mußte und verweist auf die bekannte Rundfunkrede des Reichskanzlers Brüning vom 4. August 1931, in der der Reichskanzler feststellte, "daß das besondere Eingreifen der Reichsregierung zu Gunsten der zusammengebrochenen Großbanken eine ausgesprochene Mittelstandsmassnahme sei, um weit mehr als 1 000 Mittelstandsgenossenschaften und Mittelstandsgenossenschaftsbanken vor der unmittelbaren Erschütterung zu bewahren". Gegen diese Riesensubvention, so will Klepzig fest, hätte auch die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels nicht die geringsten Bedenken gehabt. Aber wenn es sich um Verbraucherorganisationen handelt, dann stellen sich beim Einzelhandel die bekannten Bedenken ein. Klepzig fertigt den Einzelhandel mit folgenden Argumenten ab:

"Die durch die vorjährige Geld- und Kreditkrise hervorgerufene Erschütterung des Vertrauens zur Wirtschaft und zum Staat brachte den konsumgenossenschaftlichen Spareinlagen einen ungemein starken Abfluß. Diese Wirkungen haben nicht die Konsumgenossenschaften verschuldet. Sie können für die starke Schwächung ihrer Geldkraft ebensowenig verantwortlich gemacht werden, wie im Jahre vorher die weit mehr als tausend Genossenschaften und Genossenschaftsbanken des Mittelstandes für den Zusammenbruch der Großbanken verantwortlich gemacht wurden. Mit der Stützung der Grossbanken wurde der Mittelstand vor ungeheuren geldlichen Verlusten bewahrt. Durch die Gewährung völlig gesicherter Kredite an die Konsumgenossenschaften sollen die armen Volksschichten, die die Konsumgenossenschaftsbewegung tragen, vor dem Verlust ihrer Notgroschen bewahrt werden. Sind die vermögenslosen Verbraucher des

staatlichen Schutzes weniger würdig als die nicht unvermögenden Mittelstandskreise? Wenn der "mittelständische" Einzelhandel oder die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels diese Frage zu bejahen wagen, wird es höchste Zeit, daß die Verbraucher auf diese Stellungnahme und auf die von ihnen daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen mit der gebotenen Schärfe hingewiesen werden. Die Konsumgenossenschaftliche Volksbewegung ist stark genug, um die Schlacken einer unbefriedigenden Wirtschaftsweise selbst beseitigen zu können. Deshalb sollte sich der mit den Konsumgenossenschaften im Wettbewerb stehende Einzelhandel in der kommenden Zeit weniger mit den etwaigen Ratschlägen zur Verbesserung der Verbraucherwirtschaft, als mit dem Vorsatz, seine eigene Wirtschaft gemeinnütziger zu gestalten, beschäftigen".

SPD. Der Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung gibt die Verschuldung von Reich, Ländern und Gemeinden für den Stichtag des 31. März 1932 mit rund 24 Milliarden Mark an. Die Zinslasten dafür werden auf 1,4 Milliarden Mark geschätzt. Dazu muss man noch Schulden und Zinsen rechnen, die von selbständigen öffentlichen Unternehmungen und öffentlich-rechtlichen Zweckverbänden aufgenommen worden bzw. aufzubringen sind. Diese Verschuldung dürfte sich im Umfange von 5,1 bis 5,3 Milliarden Mark bewegen. Die Zinslast dafür wird vom Konjunkturforschungsinstitut auf 330 bis 350 Millionen Mark geschätzt. Insgesamt kommt also ein Zinsbetrag von jährlich 1,8 Milliarden Mark in Frage, auf den Kopf der Bevölkerung also 30 Mark.

Von der gesamten Zinslast haben die Gemeinden 37 % = 657 Millionen Mark aufzubringen. Das Reich, das ja den Vorteil der billigen Aufwertungs- und Ablösungsschulden, die vor der Markstabilisierung entstanden sind, hat, ist an der Zinsaufbringung mit 33 % beteiligt. Auf die öffentlichen Unternehmungen entfallen 19 % und auf die Länder 11 %.

Die Altschulden, also die Ablösungs- und Aufwertungsschulden, erfordern die Aufbringung von Zinsen in Höhe von 250 Millionen Mark, rund 17 % des Gesamtaufwandes. Der Rest von 1,2 Milliarden Mark ist auf die Neuverschuldung zu entrichten, die rund 18,4 Milliarden Mark beträgt.

Dem Nominalzins nach sind die Auslandsschulden mit 6,2 % am niedrigsten, die mittel- und kurzfristigen Inlandsschulden mit 6,9 % am höchsten zu verzinsen. Am gesamten Jahreszinsbetrag sind die Auslandsschulden mit rund einem Fünftel beteiligt. Für die kurz- und mittelfristigen Inlandsschulden, die eine Höhe von fast 6 Milliarden Mark erreichen, sind unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Geldsätze über 400 Millionen Mark jährlich aufzubringen.

SPD. Die deutsche Reichseisenbahn hat für die Beförderung von Sportrunderbooten auf der Reichsbahn in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1932 einen Ausnahmetarif bewilligt. Er gilt für Sendungen, die von Rudervereinen, Wassersportvereinen sowie Hochschulen und öffentlichen Lehranstalten auf- geliefert oder an solche gerichtet sind. Die Vereine müssen dem Deutschen Ruderverband e.V. oder der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege angehören. Bei der Auflieferung ist eine Eigentumsbescheinigung der genannten Spitzenorganisationen bzw. der Anstaltsleitungen beizufügen. Der Sonderdruck des Ausnahmetarifs 19a enthält alle notwendigen Einzelheiten über die Anwendungsbedingungen, den Geltungsbereich und die Frachtberechnung; zu beziehen durch die Reichsbahndirektion Berlin zum Preise von 0,05 RM.

Schwankend.

(Berliner Getreidebörse vom 25. Aug.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Donnerstag schwankend. Bei der Eröffnung der Börse lagen die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte für Weizen für die meisten Sichten noch abgeschwächt. Im Verlaufe der Börse trat indessen eine merkliche Erholung ein, sodaß fast allenthalben kleine Gewinne erzielt wurden. Auch am Promptmarkt war das Angebot weiter gering; jedoch hielt sich die Kauflust hier in Grenzen und es ergaben sich keinerlei Anregungen für den Markt. Im allgemeinen war die Umsatztätigkeit wenig rege. Bei der Notiz für prompte Ware konnten Weizen und Roggen je eine Mark gewinnen. Mehl hatte am vorangegangenen Nachmittag noch eine gewisse Belebung, die an der Börse aber fast vollkommen verloren ging. Es wurden nur kleine Umsätze erzielt, wobei die Stimmung für Roggenmehl stetiger als für Weizenmehl war. Die Forderungen lauteten im allgemeinen unverändert. Hafer hatte stetige Tendenz. Vielfach versuchten die Eigner, höhere Forderungen durchzusetzen, die indessen vom Konsum nicht bewilligt wurden. Am Gerstenmarkt zeigte sich nur Interesse für feinste Brauqualitäten.

	24.8.	25.8.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	204 - 206	205 - 207
Roggen	155 - 157	156 - 158
Braugerste	172 - 182	172 - 182
Futter- und Industriergerste	156 - 163	156 - 163
Hafer	132 - 137	132 - 137
Weizenmehl	25,75 - 30,00	25,00 - 29,75
Roggenmehl	21,25 - 23,50	21,25 - 23,50
Weizenkleie	9,80 - 10,30	9,70 - 10,20
Roggenkleie	8,50 - 9,00	8,50 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 216 $\frac{3}{4}$ - 217 $\frac{1}{4}$ (Vortag 218), Oktober 217 $\frac{3}{4}$ - 218 $\frac{3}{4}$ (218 $\frac{1}{2}$), Dezember 219 $\frac{1}{4}$ - 220 (219 $\frac{3}{4}$), Roggen September 168 - 168 $\frac{1}{2}$ (167), Oktober 169 $\frac{1}{4}$ - 170 (169 $\frac{3}{4}$) Dezember 171 $\frac{1}{4}$ - 171 $\frac{1}{2}$ (171 $\frac{1}{4}$), Hafer September 139 $\frac{1}{2}$ (139), Oktober - (140) Dezember - (142).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 25. Aug.) A. Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) über 65 g 8,75, über 60 g 8,25, über 53 g 7,50, über 48 g 6,75, frische Eier über 53 g 7, aussortierte kleine und Schmutzeier 5,50. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 16er 8,25, 17er 7,75, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 7 $\frac{1}{2}$ 7,25, leichtere 6,25 & 6,75, Estländer 17er 7,25, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 6,75 - 7, Holländer 68 g 8,50, 60-62 g 7,25 7,50, Litauer grosse 7, normale 5,50 - 6, Rumänen 5,75 - 6, Ungarn und Jugoslawen 6, kleine, Mittel- und Schmutzeier 5. Die Preise verstehen sich in Rpfg. je Stück im Verkehr zwischen Laundsbeziehern und Eiergroßhändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: trübe. Tendenz: fest.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 65

Berlin, den 25. August 1932

Irregeleitete weibliche Mentalität.^x

SPD. Wenn man den deutschen Reichstagswahlergebnissen seit der Einführung des Frauenwahlrechts nachgeht, dann fällt unmittelbar ins Auge, daß die Mehrheit der weiblichen Wähler nicht linkspolitisch eingestellt ist. Auch bei andern Abstimmungen und zahlreiche Landtagswahlen kann man eine ähnliche Erscheinung wahrnehmen. Es würde leicht, aber auch verhängnisvoll sein, etwa über diese Tatsache mit Phrasen von der mangelnden Reife der Frauen für die Ausübung des Wahlrechtes oder mit dem angeblich reaktionären Grundzuge des weiblichen Wesens hinwegzgleiten. Diese Tatsache spricht auch nicht gegen das Frauenwahlrecht an sich, sondern läßt nur darauf schließen, daß hier ein tieferer psychologischer Faktor beteiligt ist, bei dessen Ausschaltung oder Veränderung auch die weibliche Psyche anders reagieren würde.

Dieser Faktor liegt im Verhältnis der Geschlechter zueinander und in der Art, wie das deutsche Mädchen vielfach den Begriff der Männlichkeit auf faßt. Es handelt sich dabei um den ganzen Komplex von Begriffen, den man als Sexualethos des deutschen Mädchens und der deutschen Frau bezeichnen kann. Die etwa vier Generationen der allgemeinen Wehrpflicht sind auch an der deutschen Frau nicht spurlos vorbeigegangen. Gewiß haben auch andere Völker die allgemeine Wehrpflicht, aber nirgends hat diese ursprünglich demokratische Institution, die in Deutschland zu einem Machtinstrument des preussischen Junkertums umgewandelt wurde, die Volksseele so sehr vergiftet wie gerade bei uns. Der ehemalige Soldat war im wilhelminischen Deutschland erst der wahre Mensch. Der gediente Soldat wurde als Arbeiter, der Reserve-Offizier als Intellektueller überall bevorzugt. Wer kein Soldat gewesen war, der wurde in weiten Kreisen für unterwertig angesehen. Schon den Kindern beiderlei Geschlechts wurde diese Auffassung anerzogen. Mütter, die zwei oder drei Söhne hatten, sagten mit Stolz, daß sie dem Kaiser zwei oder drei Soldaten geschenkt hätten. Nicht nur in der gesellschaftlichen Oberschicht, sondern bis weit hinein in die Arbeiterklasse waren diese Auffassungen verbreitet. Die bunten Uniformen, die der Weltkrieg aus praktischen Gründen hinwegfegte, und die Hitler aus raffinierter Berechnung in veränderter Form wieder hervorholte, taten ein Uebriges. Selbst der unscheinbarste Kerl gewährt in den Augen junger Mädchen, die in diesem Geist erzogen wurden, wenn man ihm ein recht buntes Kostüm anzieht. In allen Garnisonsstädten des alten Deutschland war die Zahl der außerehelichen Geburten größer als der Reichsdurchschnitt, und in Gegenden, die keine Garnison hatten, stieg diese Ziffer nach Kaisermanövern manchmal bis über 100 % des lokalen Durchschnittes. Der durch die bunten Uniformen genährte romantische Komplex verdrängte bei den meisten jungen Mädchen alle andern Erwägungen.

Das weibliche Sexualethos in Deutschland war mithin seit mehreren Menschenaltern so gestellt, daß Soldatsein bei der Mehrheit der jungen Mädchen als ein Attribut der Männlichkeit galt. Der bittere Ernst des scheinbaren Spieles war in der Friedenszeit vor 1914 weder der weiblichen noch der männlichen Jugend klar. Der Weltkrieg hätte für Deutschland und namentlich für die deutsche weibliche Jugend eine unvergessliche Lehre sein können, wenn man auch in dieser Hinsicht aus ihm zu lernen gewußt hätte. Stattdessen bemächtigte die dreiste Geschichtslüge sich der Katastrophe von 1914 bis 1918, und auf pädagogischem Gebiete blieb alles beim Alten. Auch in der Mädchenerzie-

ziehung trat keine grundlegende Veränderung ein, und trotz Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht blieb die deutsche Frau grobenteils der vererbten und anerzogenen Scheinromantik treu und erzog ihre noch unmündigen Töchter im gleichen Sinne. Kein Sturmwind einer wirklichen Revolution ist bisher über diesen geistigen Acker hinweggebraust; an eine Umwandlung der Mentalität, die das wesentlichste Kennzeichen jeder wirklichen Revolution darstellt, ist noch nicht zu denken. Als neuer Faktor kam die Romantik der halbmilitärischen Verbände hinzu, und robustes Auftreten in einer Phantasieuniform erschien der Mädchenwelt der Nachkriegszeit wiederum als besonders männlich. Es soll nicht etwa behauptet werden, daß dieser Faktor bei dem Aufkommen der Hitlerbewegung ausschlaggebend mitgewirkt hat, aber neben anderen in den wirtschaftlichen Verhältnissen liegenden Faktoren sollte man ihn doch keineswegs unterschätzen. Es gibt in Deutschland noch genug junge Burschen, die sich in unglaublicher Naivität den Mädchen dadurch interessant machen wollen, daß sie die braune Uniform anziehen, und es gibt leider noch weit mehr junge Mädchen im deutschen Vaterlande, die den jungen Burschen nur nach seinem äusseren Auftreten bewerten.

Die deutsche Militärkaste, die die allgemeine Wehrpflicht wiederherstellen möchte, weiß nur zu gut, daß das Sexualethos eines großen Teiles der deutschen Frauenwelt ihr bester Bundesgenosse ist. Nicht eine einzige dieser Frauen aus den Massen des deutschen Volkes, die heute noch in Verkenntung ihrer eigenen Interessen sich für die Wiedereinführung der allgemeinen Dienstpflicht begeistern, denkt im Ernst daran, ihren Sohn oder Bruder von feindlichen Granaten zerreißen oder im Stacheldraht zwischen zwei Schützengräben mit heraushängenden Gedrümen verbluten zu lassen, aber ihr Gefühl beeinflusst durch Vererbung und Erziehung ihr Sexualethos im reaktionären Sinne. Für die Nation als Ganzes kann dieses irregeleitete Sexualethos im gegebenen Augenblicke zu einem folgenschweren Verhängnis werden. Wenn etwa eine neue deutsche Generation im Pulverdampf eines abermaligen Weltenbrandes verbluten oder die Frauenwelt der deutschen Großstädte mit ihren Kindern von den Giftgasen feindlicher Flugzeuggeschwader zu Tausenden innerhalb weniger Minuten hinweggerafft werden sollte, dann würde man für diese Irreführung des primärsten weiblichen Triblebens teuer bezahlen müssen. Vielleicht ist es für diese Warnung noch nicht zu spät; Deutschland wird jedenfalls erst dann eine wirkliche Revolution durchgemacht haben, wenn die ganze Mentalität seiner Bevölkerung und damit auch das weibliche Sexualethos in diesem Sinne grundlegend verändert ist.

Otto Burgemeister.

Im Lande des Rattenfängers.^x

SPD. Das Wehr rauscht, eine steile, hohe Wassermauer, unten weiß gefranst. Eine Schleuse regelt dort den Dampfverkehr. Jenseits des Wehrs fließt die Weser friedlich weiter, als ob sie nichts mit den tönenden Wassermauern zu schaffen habe. In ihren Fluten spiegeln sich die grünen Berge. Wir steigen auf Waldwegen hinauf zum Klüt und machen oben auf einer schattigen Bank Rast. Unten liegt Hameln; artig und sauber stehen die Häuser nebeneinander, von einem Mantel von Fabriken umhüllt, von denen heute die meisten still liegen. Kein Laut vom Stadtgetriebe dringt zu uns hinauf; das Wehr übertönt alles. Es scheint, als ob der kleine Autobus durch die holprigen Strassen fahre.

Wir schweigen lange, - jeder spinnt seine eigenen Gedanken. Viele Jahre sind vergangen, seitdem Escha und ich uns nicht mehr gesehen haben; damals bei ihrer Hochzeit war's das letzte Mal. Inzwischen hat sich viel ereignet.

Die kleine Marlies ist schon vier Jahre alt. Wir waren vielleicht doppelt so alt, als wir Freundinnen wurden. Unsre Kinderzeit wird wieder lebendig, und plötzlich tauschen wir Kindheitserinnerungen aus. Wir lachen über unsre tollen Streiche, lächeln über unsre Kindersorgen und müssen zugeben, daß doch alles ganz anders gekommen ist, als wir es damals erträumt haben. Ueber eins aber sind wir froh: daß uns die lange Trennung garnicht entfremdet hat.

Wir sprechen über mancherlei. Stunden sind inzwischen verstrichen. Dann muß Escha mir noch einmal die Sage vom Rattenfänger erzählen, die wir als Kinder immer wieder von neuem hören und lesen mochten, und in der der Schluß immer gleich traurig blieb, so sehr wir auch immer wünschten, daß der Rattenfänger die vielen armen Kinder wieder zu ihren Eltern zurückbringen möchte. Wir machten uns große Sorgen, wie es ihnen wohl beim Rattenfänger ergangen sei, denn sie waren doch schuldlos an der Wortbrüchigkeit ihrer Eltern. Wir bemühen uns, das Rattenfängerhaus aus dem Häusergewirr herauszufinden. Ganz sicher sind wir unsrer Sache nicht und beschliessen deshalb dorthin zu gehen.

Wir wandern durch alte Straßen. Kein Haus ist in neuzeitlichem Stil, alles alt; die meisten Häuser sind im gemütlichen Barockstil erbaut. Wir lesen manche alte Inschrift, und Escha erzählt mir, daß die meisten dieser Häuser unter Denkmalschutz stehen. Sie sehen reizend aus, bunt mit kleinen Fenstern und Läden, die im Winde klappern. Zunächst besichtigen wir das alte Rathaus. Es stammt ebenfalls aus der Barockzeit und sieht bunt und freundlich aus. Vom Inneren bin ich allerdings sehr enttäuscht, denn ein wohlwollender Architekt hat es drinnen ganz modernisiert. Die Wände sind mit modernen Pastellfarben à la dernier cri gestrichen, und die alten Holzdielen sind von modern gemustertem Steinboden abgelöst. Von den Ecken hängen statt der alten Metallampen neuzeitliche Beleuchtungskörper. Aber es gibt dort wundervolle alte Bilder aus der Zeit des Rattenfängers. Daneben kann man moderne Auffassungen und neuere Zeichnungen von allen großen weltgeschichtlichen Ereignissen sehen. An der historischen Wand wartet noch viel Raum auf die Ausfüllung durch neue im Bilde festgehaltene Ereignisse. Alles ist an sich hübsch und geschmackvoll, aber es paßt nicht zu dem alten Aussen.

Im Rattenfängerhause, wo der sagenhafte Rattenfänger einstmals gelebt haben soll, sieht es zum Glück anders aus. Man hat zwar auch dort renoviert, aber möglichst stilgetreu. Von den Decken herab hängen alte, schwere Metallampen. Störend wirken nur die daran angebrachten neuen weissen Porzellan-schalen, die die heute nun einmal unvermeidlichen Glühbirnen umschliessen. Aber hier sind die holzgetäfelten Wände mit vielen Rattenfängerbildern geschmückt: alte und neue Auffassungen friedlich nebeneinander. Auf schmalen Gesimsen steht Zingeschirr. Wir steigen die knarrende Treppe nach den oberen Räumen empor. Dort sieht es ebenso aus. Da man dort heute eine Kaffeestube errichtet hat, stehen überall weißgedeckte Tischchen, an denen die Besucher eine Stärkung zu sich nehmen können. Es ist viel Betrieb hier. Der Fremdenverkehr in Hameln ist sehr groß. Riesige Rundfahrtautobusse drängen sich dauernd durch die engen Straßen. Die meisten machen vor dem historischen Rattenfängerhause halt. Man hört die verschiedensten Sprachen. Menschen aus aller Herren Länder finden sich hier zusammen.

Beim Abschied erstehen wir zum Andenken eine kleine Ratte aus Kuchenteig. Sie ist ganz hart und knusprig, hat schwarze Korinthenaugen und schöne lange, borstige Schnurrbarthaare. Man versichert mir, daß sie sich mindestens dreissig Jahre halten würde. Das ist sicher wahr; denn die kleine Marlies hat sie gleich auf den Boden fallen lassen, und sie ist doch heil geblieben.

Wir gehen weiter durch die Altstadt. So viele alte Häuser nebeneinander, - eigentlich überhaupt nur alte Häuser, manche nur mit modernem Anstrich, habe ich noch nie auf einmal gesehen. Man darf sie zum Glück nicht abreißen, da sie unter Denkmalschutz stehen. Die neuen Häuser mußten daher alle etwas

ausserhalb gebaut werden und stören so das einheitliche Straßebild nicht. Aber innen sind auch die alten Häuser alle modernisiert. Man ist immer erstaunt, wenn man hinein- und hinaus geht. Wir kommen uns vor, als ob wir von einem Zeitalter ins andere schreiten. Man überbrückt Jahrhunderte im Bruchteil einer Minute. Die niedrigen Zimmer mit den schiefen Wänden sind modern tapeziert und mit ganz neuzeitlichen Möbeln ausgestattet. Man schläft unter Denkmalschutz auf der allernmodernsten Couch. Die Türen sind so niedrig, daß man sich bücken muß, wenn man groß ist und hindurch will. Überall Stufen und Winkelchen. Wir sitzen auf bequemen Sesseln an dem kleinen Fenster und sehen auf die bunte Häuserfront gegenüber. Auch da wohnt hinter den alten Mauern die moderne Zeit. Seltsam... Da schreckt uns die kleine Marlies aus unsern Träumen: "Mutti, essen!"

Meta Helen Jacobs.

Pjotr feiert Hochzeit.^x

Von W. Schischkoff.

SPD. Mein Freund, der Setzer Pjotr Baranoff, war ein ausserordentlich nüchterner Mensch, rauchte nicht, trank auch nicht. Von Wuchs war er winzig. Von hinten gesehen schien er ein Knabe zu sein und hatte doch einen roten Bart und eine Stirn voll Runzeln. Dieser Dreikäsehoch gedachte Hochzeit zu machen nach allen Regeln der Kunst: Brautwerber, Blumen, Weihrauch sollten dabei sein.

Ich mußte wohl oder übel mit zur Kirche, war ich doch Brautwerber. Auch der Bäcker war dabei und der Falzer, zwei eifrige Trinkbrüder. Doch es erwies sich, daß wir um eine Stunde zu früh gekommen waren: der Bräutigam hatte aus übergroßer Liebe den Zeitpunkt verfehlt und hatte seit frühmorgens nichts genossen.

"Kommt mir zur Schenke, Brüder", sagte der dicke Bäcker. "Stärken wir uns dort!"

In Eile und Hast bestellte man dies und jenes, goß auch ein Gläschen hinunter. Pjotr Baranoff, der Bräutigam, sträubte sich zwar, ließ sich jedoch überreden. Man trank ein zweites Gläschen, ein drittes, viertes; der widerstrebende Bräutigam wurde überwunden. Eben setzte man zum fünften an, da rief der Bäcker: "Sie kommen!" Flink die Flasche in die Tasche gesteckt, die saure Gurke hinterdrein und hinaus! Der Bräutigam prangte im Sonntagsrock, in Manschetten, Kravatte und Lackstiefeln. Wäre das Persönchen ansehnlicher, es wäre eines Malerspinsels würdig gewesen.

Das Wetter war überaus schlecht. Regen und wieder Regen. Längs der Straße zog sich weit hin ein Wall breiigen, zusammengefügten Straßenkehrichts. Wir Andern umgingen ihn natürlich sorgsam. Der Bräutigam Pjotr Baranoff jedoch rannte quer über den Weg, um die Kirche zu erreichen, ehe die Braut kam. Da, mit einem Male, überschlug er sich in der Luft wie ein Seiltänzer am Trapez und fiel rücklings in die breiige Masse. Der Schmutz war so tief, daß er völlig drin versank; nur die Nasenspitze starrte in die Luft, die gespreizten Finger und die hin und her schwankenden Lackstiefel. Unsere festliche Kleidung verbot jeden Gedanken an eine Hilfeleistung. Um 4 Flaschen Bier fanden sich jedoch noch Helfer. Aber wie sah der prächtige Bräutigam nun aus! Statt eines Menschen stand vor uns ein grosses Österei aus feuchter Schokolade. Als man das Ungetüm davonzug, klatschten schokoladene Breifladen aufs Trottoir nieder. Er aber fragte nur: "Sind die Stiefel sauber geblieben?" Es gab ein stürmisches Gelächter bei den Umstehenden. Uns Brautwerbern mit der Blume im Knopfloch pochte bang das Herz. Im Dienstraum des Küsters wurde der Bräutigam entkleidet und gesäubert. Ich ging, dem Priester zu melden, der Bräutigam

liege in tiefer Ohnmacht.

"Wie ist das gekommen?" fragte der Priester streng.

"Wohl vom Fasten, Väterchen."

"Seht, bitte, zu, daß er recht bald zu sich kommt", sagte der Priester. "Ich habe keine Lust, die Sache zu verzögern."

Frisch gewaschen saß der Bräutigam da, mehr tot als lebendig, lächelte bitter und stöhnte, ungewiß, was er beginnen sollte. Auch wir waren in Verlegenheit, woher neue Kleidung zu beschaffen wäre. Der Küste bot bereitwillig seine neue Amtskleidung an. Er wurde abgewiesen. Der Bräutigam legte das Hemd wieder an, die Unterhosen und die Socken. Die Wäsche war nur wenig am Rande beschmutzt. Unter den glotzenden Neugierigen befand sich ein Alter, der zur Zeitenzeit bei der Alexandersäule Schildwache gestanden hatte - der ließ uns zu einem annehmbaren Preise seine Uniform und Schaftstiefel. Der kleine Bräutigam steckte den Fuß in den Schaftstiefel. Die reichen ihm bis an die Lenden - er konnte des Beinkleides entraten. Der Uniformrock schleifte auf dem Boden hinter ihm her. Die Tailleurstelle reichte bis unterhalb des Gesäßes. In aller Hast wurde sie hochgesteckt. Eine Kravatte wurde um den Hals gebunden, die Ärmel aufgekrepelt. Der rote Bart, an dem noch der Kot klebte, hatte eine ganz eigenartige Färbung erhalten.

Aus der Kirche kamen Boten: "Beeilt Euch!"

In feierlichem Zuge ging's in die Kirche. Mit weit offenem Munde stand die Braut da, ohne etwas zu begreifen. An der Uniform des ihr unbekannten Mannes blinkten Knöpfe mit verbotenen Adlern; an seinen Füßen knarrten Schaftstiefel. Aber das war doch ihr Bräutigam!

"Was ist mit Ihnen los? rief die Braut und schlug die Hände zusammen. Schweigend, verzweifelt, stand der Bräutigam mit bebendem Bart. "Er hat eine Ohnmacht gehabt", sagten wir. Aber der Priester merkte, daß der Bräutigam Pjotr Baranoff unter der Wirkung der vier auf nüchternen Magen genossenen Gläschen leicht schwankte. "War es wirklich nicht möglich, eine halbe Stunde zu warten?" fragte er. "Wie wollen Sie in solchem Zustande hochzeitliches Glück genießen! Oh, oh! - Sie, Fräulein Braut, sind Sie gewillt, mit einem so zügellosen Christen die Ehe einzugehen?"

Die Braut brach in Weinen aus, wischte sich die Tränen ab mit dem Taschentüchlein und sagte kaum hörbar: "Ich bin einverstanden. Da ich doch einmal in der Kutsche hergekommen bin..."

Wir seufzten mitfühlend. Und der religiöse Aberglaube trat in Aktion.
(aus dem Russischen übertragen von Wanda Waldenburg.)

Rund um den Puder.^x

SPD. Über drei Millionen Mark betrug im Jahre 1929 die Einfuhr an Puder und Schminke in Deutschland. Diese Zahl mag ein klares Bild der starken Verwendung und der großen Beliebtheit von Puder und Schminke in der Frauenwelt geben, denn die Verwendung dieser Schönheitsmittel durch Schauspieler bildet nur einen verhältnismässig geringen Prozentsatz. Sogar in England, dem einst so puritanischen Lande, in dem Puder und Schminke von der guten Gesellschaft verpönt und mit verächtlicher Handbewegung der Halbwelt zugewiesen waren, ist die Verwendung dieser Schönheitsmittel als Folge des französischen Einflusses seit dem Weltkrieg ausserordentlich gestiegen. Und in Amerika sollen nach statistischen Berechnungen jährlich durchschnittlich nicht weniger als zwei Milliarden Dollar für kosmetische Artikel, darunter besonders für Puder und Schminke, ausgegeben werden. Allerdings hat dieses "Eitelkeitsproblem der Frau", wie man es manchmal etwas spöttisch und zugleich nachsichtig nennt, auch eine

ernstere soziale Seite: Über 200 000 Menschen finden in Amerika Arbeit in den Schönheitssalons, und in den amerikanischen Fabriken, die Schönheitsmittel erzeugen, mögen über 1½ Millionen Menschen beschäftigt sein. Alle diese Zahlen in ihrer Gesamtheit aber geben einen Einblick in das Riesenabsatzgebiet, das sich diese beiden so unscheinbaren Verbündeten weiblichen Schönheitswillens geschaffen haben.

Es ist ausserordentlich interessant, einmal einen Blick hinter die Kulissen zu werfen und zu untersuchen, welche Arbeit notwendig ist, und welche Stoffe Verwendung finden, wenn das mehr oder minder teure, für Millionen von Frauen so unentbehrliche zarte Pulver, Puder genannt, erzeugt werden soll. Werfen wir also einmal einen Blick in eine solche Werkstatt! Frauen und Männer sind hier beschäftigt. Die einen bedienen die Spezialmaschinen, andere besorgen das Färben, wieder andere parfümieren den Puder und sieben ihn, eine ganze Anzahl von Arbeitsvorgängen also ist notwendig, bis der fertige Puder hergestellt und in den Handel gebracht werden kann.

Lassen wir uns nun im einzelnen alles zeigen: Da sind zunächst die Grundstoffe, aus denen der Puder sich zusammensetzt. Der wichtigste Grundstoff ist das Talkum. Man darf behaupten, daß etwa 50 Prozent aller Puder aus Talkum bestehen. Diese starke Verwendung beruht auf den sehr günstigen Eigenschaften des Talkums, das gut deckt und gleichzeitig an der Haut haftet, ohne schädlich zu wirken. Zwei andere mineralische Grundstoffe des Puders sind kohlensaure Magnesia und Zinkoxyd. Eine zweite Gruppe von Rohmaterialien bilden die Stärken. Die beste Stärke, die für teuren Puder Verwendung findet, ist die Reisstärke. Sie hat den grossen Vorzug, gut zu decken und an der Haut zu haften, ganz abgesehen von ihrem feinen Korn und ihrer schönen weissen Farbe. Allerdings hat die Reisstärke auch einen grossen Nachteil, den keine Frau vergessen sollte, wenn sie die Puderquaste zur Hand nimmt. Die Reisstärke geht nämlich leicht in Gärung über und quillt auf. In dieser Beschaffenheit ist sie sehr schädlich für die Hautatmung, die sie stark unterbinden kann, indem sie die Poren verstopft. Es ist deshalb unbedingt notwendig, vor Gebrauch von Puder etwas Creme aufzutragen, um die Poren zu schützen und ihre Erweiterung und Verstopfung zu verhindern. Zur Erzeugung billiger Puder wird Weizenstärke oder gar Kartoffelstärke verwendet, die beide nicht gut an der Haut haften und auch nicht die gleiche Deckfähigkeit wie die Reisstärke haben.

Wie geht nun die Fabrikation des Puders vor sich? Zunächst werden die fein gemahlten Grundstoffe in besonderen Maschinen vermischt, gefärbt und parfümiert. Selbstverständlich müssen die Farben völlig unschädlich sein, und auch die Parfüms müssen durchaus zart und reizlos sein, um jede Hautentzündung zu vermeiden. Der Puder wird dann getrocknet, nochmals durchgemischt und entkeimt, damit jede Krankheitsgefahr unterbunden wird. Endlich wird der Puder gesiebt. Diese Arbeit ist besonders wichtig, denn von ihr hängt die Güte und Kostbarkeit des Puders in hohem Masse ab. In der Puderfabrik gibt es deshalb besondere Siebmaschinen, die von Arbeitern bedient werden, deren Tätigkeit viel Aufmerksamkeit erfordert. Sie tragen zum Schutze gegen den feinen Staub eine Schutzmaske. Neben den Siebmaschinen aber geht bis zum heutigen Tage noch ein anderes Verfahren einher, nämlich das Handsieben. Es wird bei besonders feinen und teuren Pudern angewendet. Die Handsiebe sind mit Seide bespannt, und es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, um diese Arbeit als besonders mühsam und anstrengend zu charakterisieren.

Lassen wir uns zum Schlusse noch eine Ratschläge für die Verwendung von Puder mitgeben: "Wenn Sie an fettarmer Haut leiden", so sagt uns der Fachmann, der seit Jahren in der Puderfabrikation beschäftigt ist, "dann dürfen Sie nur Fettpuder für sich verwenden. Dieser Fettpuder hat die gleiche Zusammensetzung wie der normale Puder, aber es ist ihm noch eine gute Creme, die fettreich sein muss, zugesetzt, die Ihrer Haut das zuführt, was ihr notwendig ist. Ist Ihre Haut dagegen besonders fettreich, dann rate ich Ihnen,

sich eines Puders zu bedienen, der hauptsächlich aus mineralischen Grundstoffen, also aus kohlensaurer Magnesia, Talkum und dergleichen, nicht aber aus Reisstärke sich zusammensetzt. Die Reis-, Weizen- oder Kartoffelstärken können nämlich das im Übermass vorhandene Fett nicht aufsaugen, aber der aus mineralischen Grundstoffen zusammengesetzte Puder besitzt diese Fähigkeit. Erfreuen Sie sich jedoch einer normalen, gesunden Haut, dann wird jeder gute Puder für sie unschädlich sein, wenn Sie es niemals versäumen, zuvor etwas Creme aufzutragen, um die Poren zu schützen".

m.

Im Krankenhause.^x

Die Nächte sind so lang in diesen Sälen.
Die Kranken liegen da und schweigen.
Im Einzelzimmer muß sich eine Frau sehr quälen.
Dort tanzen Todesengel heimlich Reigen.

Die Schwestern kommen leise auf den Zehen
Und bringen Umschlagtücher und Tabletten.
Wie Kreuze sind die Tafeln, wo die Namen stehen.
Gesichter sieht man kaum in diesen Betten.

Im Schlaf liegt jetzt ein unbeschwertes Lächeln
Auf diesen schmalen, eingefall'nen Zügen,
Als würden schöne Jünglinge mit Palmen fächeln.
Doch ihre Träume sind nur fromme Lügen.

Ein Krüppel träumt von zwei gesunden Beinen.
Ein Mädchen seufzt im Schläfe einen Namen.
Im Bett ganz hinten hört man leise weinen.
Dort liegt die Frau, zu der heut' Kinder kamen.

Im Fiebertraum ist jemand aufgefahren.
Ein wilder Blick schlägt in das Licht der Wache.
Die Hände wühlen zitternd in den Haaren,
Und in den Kissen endet eine irre Lache.

Die Schwester bleibt manchmal am Fenster stehen,
Und es sieht aus, als ob im Anstaltsgarten
Die schon Gestorbenen noch immer gehen
Und zu den Festern sehn und flüsternd warten...

Die Nächte sind so lang in diesen Sälen.
Die Uhr im Flur zieht lautlos ihre Runden.
Patienten, die entlassen werden, zählen,
Schon aufgewacht, erwartungsvoll die Stunden...

Kurt Rudolf Neubert.
